

DEUTSCHE

BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Magistratz 6.

Offizielles Organ
Stern-Kasse der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Einige Episoden aus dem Kampfjahr 1904.

Von Brutus.

I

Unter der Stichmarke „Ein Reinfall der Polizei“ hatte eine in Geestemünde erscheinende sozialdemokratische Zeitung über den „Heldenkampf“ der dortigen Polizei gegen die streikenden Bäuerarbeiter berichtet. Die Polizei, die selbst keineswegs Glacéhandschuhe anzieht, wenn sie in einen Streik eingreift, spielte den Bartschürenden und stellte gegen die Zeitung Strafantrag wegen Beleidigung. Trotzdem die Staatsanwaltschaft diesen Antrag warm unterstützt, lehnte das Bremer Landgericht die Einleitung eines Strafverfahrens ab mit der Begründung, daß der Ausgang des gegen die Streikenden in Szene gesetzten Feldzugs ein für die Polizei beschämend gewesen sei und daß für einen solch beschämenden Ausgang der Ausdruck „Reinfall“ gebraucht werden dürfe; in diesem Ausdruck liege allerdings eine gewisse Schadenfresse, aber keine Beleidigung. Ferner erklärte das Gericht mit bürren Worten: „Die Deffentlichkeit hat ein lebhafes Interesse daran, daß die Polizeiorgane ihre Machtbefugnisse, insbesondere gegenüber der persönlichen Freiheit der Staatsbürger nicht überschreiten und daß sie über den Umfang ihrer Befugnisse gehörig instruiert werden. Die Presse hat das Recht, das Publikum über seine Rechte gegenüber den Behörden zu belehren und, wenn sich diesbezügliche Mißstände ergeben, hat sie die Aufgabe, diese Vorlommisse als Mißstände zu rügen und zu bekämpfen.“

Diesen treffenden Worten entsprechend wollen wir einige Vorlommisse des vergangenen Jahres unseren Lesern ins Gedächtnis zurückrufen und — ohne Schadenfresse und beleidigende Absicht — mit ein paar kritisierten Worten begleiten. Aus dem reichen Material polizeilicher und staatsanwaltslicher Mißgriffe wollen wir wahllos Stichproben herausgreifen, die beweisen sollen, daß viele Behörden sich ungerechterweise auf die Seite des Kapitals stellen, anstatt strenge Neutralität walten zu lassen.

„Die Düsseldorfer Polizei“, so berichten dortige Zeitungen, „tut sich zur Zeit in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung sehr hervor. Nachdem wir vor einigen Tagen berichten konnten, daß sie das Verhandlungsrecht durch Anwendung der Polizeistunde beschränken wollte, ist sie jetzt dabei, daß Recht des Streikpostenstehens anzubeben. Sobald die Polizei Kenntnis von dem Auftreten der Streikposten erhält, erschien sie in einer Stärke von acht Mann und verlangte die Entfernung der Streikenden. Die Streikposten durften nur in einer Entfernung von vielleicht 900 Meter von der Baustelle Aufstellung nehmen; der Streikposten auf dem Bahnhofe wurde gleich weggejagt. Streikende, die die Polizeibeamten auf das Ungezüglichste dieses Vorgehens hinwiesen und sich weigerten, die Straße zu verlassen, wurden verhaftet. Selbstverständlich werden sich die Gerichte noch mit der Affäre beschäftigen, doch sind vorläufig die Streikenden durch das ungesetzliche Eingreifen der Polizei in die wirtschaftlichen Kämpfe die Benachteiligten.“ Auch aus anderen Städten werden ähnliche Heldentaten gemeldet. In Köln erklärt ein Polizeikommissar einfach: „Ich dulde keine Streikposten“ und seine Leute verhafteten die aufgestellten Streikposten einfach von der Straße weg; so wurden zwei Holzarbeiter, die ruhig auf der Straße gingen, an die Kette genommen und abgeführt. In Berlin wurden streikende Arbeiterinnen der Firma Siemens u. Halske zur Wache sistiert und dort widerrechtlich Stundenlang festgehalten; auf der Wache machten sich die Polizisten den Scherz, die jungen Mädchen dadurch zu ängstigen, daß sie ihnen aus einem Buche vorlasen. Streikpostenstehen werde mit 3 Monaten Gefängnis oder Zuchthaus bestraft. Neben diesen selben Streik schrieb eine bürgerliche Zeitung: „Unser Spezialberichterstatter hat eine fast menschenleere Straße in dem Augenblick photographiert, wo ein Schuhmann zwei ruhig ihres Weges gehende Mäd-

chen verhaftet, weil sie die öffentliche Ordnung gefährden und in der stillen weltabgeschiedenen Straße den Verkehr behindern. Leute, die behindert werden könnten, sind weder im Vordergrunde mit dem Mikroskop, noch im Hintergrunde mit dem Fernrohr zu entdecken. Unsere Photographie, die wir veröffentlichen werden, illustriert in ganz interessanter Weise die Fürsorge der Polizei für die Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs.“

Auch der Stadtrat in Gera hatte während eines Streiks das Streikpostenstehen verboten, und mehrere Streikende mit Strafmandaten beglückt, „weil sie auf der Straße gestanden resp. abwollten hin- und hergegangen seien“. Das Schöffengericht hob die Strafmandate auf und erkannte auf kostenlose Freisprechung und legte die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung hieß es: „Der Stadtrat möge gewiß berechtigt sein, Verordnungen zu erlassen, die der Verkehrssicherheit dienen, zum Etat einer solchen Verordnung sei der Stadtrat aber nicht berechtigt. Zugem sei die Verordnung rechtlich nicht durchführbar, denn sie beeinträchtige die Freiheit der Bürger und gebe die Entscheidung darüber, was „abwolltes hin- und hergehen“ sei, den Schuhleuten anheim.“ Das liegt sehr vernünftig, denn wenn man annimmen will, daß die Angeklagten Streikposten gestanden haben, so sind sie doch nicht „abwolltes hin- und hergegangen“ und wenn man jenseit aller bisherigen Beschlüsse wollte, die auf der Straße „abwolltes hin- und hergehen“, so würde manche Dame und mancher Straßengirl, die ihre Zeit mit Rücksicht verbringen, der Polizei in die Finger fallen.

Der Königsberger Polizeipräsident erließ einen Uta, wonach die Schuhleute aufgefordert würden, daß Streikpostenstehen tunlichst zu verhindern. Auf eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten erklärte dieser, er habe keine Verantwortung, die Maßnahmen des Polizeichefs richtig zu stellen, trotzdem die Schöffengerichte bereits mehrere streikpostenstehende Arbeiter freigesprochen hatten. Und der Staatsanwalt, der gegen einen streikenden Maurer vorgegangen war, führte in der betreffenden Verhandlung aus: „Ein allgemeines Verbot des Streikpostenstehens ist allerdings unjusthaft. Aber in einem einzelnen Falle, während eines Streiks, ist es statthaft. Bei einem Rössland, wie er augenblicklich in Königsberg betrifft, darf die Polizei von ihren eigenen Anordnungen abweichen.“ Diese staatsanwaltsliche Aussäffung, daß die Polizei über dem Gesetze stehe, wenn das Geldbeutelinteresse der Unternehmer in Frage komme, ist durchaus irrig. Das bei mit därren Worten ein Hamburger Gericht ausgesprochen, vor dem sich der Redakteur des „Grundstein“ fürsich wegen Bekleidungen des Königsberger Polizeigewaltigen zu verantworten batte. Der Redakteur hatte geschrieben, der Polizeipräsident habe gegen Gesetz und Recht eine Verfügung erlassen. Der Herr fühlte sich beleidigt, doch sprach das Gericht den Preßhunder frei, da der betreffende Artikel keine Bekleidung enthalte, sondern lediglich eine etwaislich wahre Tatfrage konstatierte; denn der Königsberger Polizei-Uta ist verstoßen tatsächlich gegen Gesetz und Recht. Das ist die gerichtliche Quittung über den polizeilichen Mißgriff.

Ein krasser Fall polizeilichen Unbereissers wird auch aus Berlin gemeldet. Dort hatten zwei Tüchter vor einer Fabrik Streikposten gestanden und zu einem Arbeitswilligen in durchaus ruhigem Tone gesagt: „Collego, hier ist Streik! Arbeit hier nicht!“ Ein Schuhmann erschien auf der Bildfläche und verhaftete die beiden Verbrecher, weil sie den Arbeitswilligen belästigt, beschimpft, groben Unzug verübt und dadurch einen Auslauf verursacht hätten. Die beiden Leute bekamen ein Strafmandat, doch stellte sich in der gerichtlichen Verhandlung heraus, daß von der Geschuldigung kein Wort wahr war und daß das Verbrechen nur in der rogen Phantasie des Schuhmanns eingerichtet. Das Gericht sprach die Angeklagten frei und der Vorsitzende führte in der Urteilsbegründung folgendes aus: „Die Angeklagten haben weiter nichts getan, als in durchaus rechtähniger Weise ihr Koalitionsrecht ausgeübt. Das Einschreiten gegen sie war direkt ungesetzlich. Es ver-

stößt gegen das Gesetz, wenn in dieser Weise das Koalitionsrecht angestastet wird. Geradezu traurig ist es, daß Leute, die nichts Ungesetzliches begangen haben, ohne weiteres Sistierungen ausgesetzt sind, dann noch Strafbefehle erhalten und so vor Gericht gebracht werden. Außer der Freisprechung erscheint es auch angemessen, die den Angeklagten erwachsenen außergerichtlichen Kosten, wie auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuverlegen. Denn es ist den Angeklagten nicht zu verargen, daß sie sich einen Rechtsbeistand angenommen haben, da erfahrungsgemäß Streikprozesse, in denen Freisprechung erfolgt, von der Staatsanwaltschaft meistens durch alle Instanzen hindurch gebracht werden und deshalb für die Angeklagten eine scheinbare Verteidigung notwendig ist.“ Es ist wohllich weit gelommen im unserem lieben Deutschland, wenn selbst bürgerliche Richter, denen man doch wahrlieb keine Vorwürfe genommenen für die Arbeiter vorwerfen kann, in dieser schärfsten Weise dem polizeilichen und staatsanwaltslichen Unbereiss einen Dämpfer aufsetzen müssen.

Damit nur aber unsere Leser nicht glauben, daß die deutschen Gerichte im großen und ganzen die uns eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung kämpfenden Arbeiter besser behandeln, als Polizei und Staatsanwalt es tun, wollen wir in einem Schlußtitel einige Bilder vom Benehmen der Massenjustiz rütteln und zu einem, allerdings wenig angenehm dastehenden Straße zusammenbinden.

Bädereinigungsstände in Lüneburg.

Einige Tage nach Weihnachten ging eine Notiz durch die hiesigen Zeitungen, daß ein Lehrling des Bädermeisters Stoltz von hier, Lüneborstrasse, sich heimlich von seiner Lehrstelle entfernt habe; die Gründe könne man sich nicht erklären. Der Lehrling hatte sich nach Hamburg begeben, weil er mit seinem Valet auf gespanntem Fuße lebte und von seinem Lehrherren ununterbrochen ausgebettet wurde. Dieser Lehrling hat sich bald wieder eingefunden, jedoch im Hause seiner Eltern. Die Gründe für die Flucht dürften in Nachfolgendem zu suchen sein. Die Vorrichtungen über den Maximalexbeitszug in Bädereien werden in jener Bäderei in keiner Weise innegehalten, die Geellen müssen fast täglich überarbeiten, noch viel schlimmer steht es mit den Lehrlingen; diese werden 16—17, ja sogar bis zu 18 Stunden täglich ausgebettet, einer dieser Lehrlinge steht im ersten Lehrjahr und darf sie sonst nur 10 Stunden beschäftigt werden, der zweite Lehrling befindet sich im dritten Lehrjahr und der dritte Lehrling befindet sich bei den Eltern zu Hause. Wie die Vorrichtungen über die Sonnagsarbeite in den Bädereien eingeschalten werden, beweist folgender Fall: Am Sonntag den 15. ds. Ms. mussten die armen Lehrlinge bis 14.12 Uhr Mittags arbeiten. Häufig kommt es vor, daß die Lehrlinge vor Mittags nichts essen können. Die Sauberkeit in diesem Gitarade läßt alles in wünschen übrig; die Semmelbücher, auf welche die Rundtüde gesetzt werden, bestehen aus Mehlstück, welche zerdrückt sind und liegen daneben aus dem schmutzigen Fußboden herum. Mulden mit Teig stehen ebenfalls an der Erde herum; letzteres wäre an sich nicht so schlimm, aber der Meister ist bekleidend und infolgedessen kostet der Reihe viel aus, aber nicht etwa in einen Studiengang, sondern überall hin, ob es den Fußboden oder sonstwo, in gleichgültig. Es ist auch vorgekommen, daß Butterfischen, die zu bilden vergraben wurden und dann völlig faulen waren, wieder von den Platten herumgenommen und so schmutzig und verdorben wieder mit zwischen den frischen Teig verarbeitet wurden. Mit dem Handfeger wird der Teig ausgesetzt, desgleichen wird derlei Handfeger auch zum Fleckreinigen benutzt. Neben dem Gerütelösen befindet sich ein Garibraun, welcher zur Aufbewahrung derjenigen Badeware dient, die noch nicht gebraucht ist; in diesem Raum soll die halbkörperige Ware ruhen. Nach Beendigung des Gerütelösen wird dieser Raum voll Holz gefüllt, um zu trocknen; hierdurch entsteht Durst und schließlich auch Rausch und dieser zieht in den Garibraun, auch wenn die nichtfertige Badeware darin aufbewahrt ist. Der Rausch, der beim Gerütelösen entsteht, kann mangels einer Ventilation nicht abziehen und dadurch werden die Leute, die dabei arbeiten müssen, gratis geräuchert. Die Handtücher, die geliefert werden, dienen zum Trocknen der Hände und des Gesichts; jeder erhält eines pro Woche und dieselben die Größe eines armen Taschentuches; eh und zu trocknet sich auch der Meister an diesen Handtüchern ab. Ein Raum zum Waschen ist nicht vorhanden und so muß diese Prozedur in den Waschräumen vorgenommen werden. Die gründliche Reinigung des Fußbodens wird nur an den größeren Tagen vorgenommen, sonst wird etwas leicht hinweggesetzt. Das Wasser

Wahlmalabstimmung einzuführen. Von unserer Seite wurde Ihnen ob Ihres verträglichen Benehmens dann ganz gehörig die Meinung gesagt. Die Versammlung endete schließlich mit Stich. 5 Kollegen ließen sich aufnehmen.

In Wachen waren 20–30 Kollegen erschienen. Die Petition behandelte hier der Kollege Hammers-Düsseldorf. Hier hat die schnelle Polizei wieder einmal den Staat gerettet. Unsere dortigen Kollegen wollten nämlich an die Plakatsäulen der Stadt Wachen mit einem kurzen Aufruf anschlagen. Die Polizei verbot dies. Der Aufruf und das Wort „Achtung“, welches zweimal am Kopfe des Plakats standen, mussten weggeschritten werden, so dass nur die nackte Tag-Ordnung angeschlagen wurde. Dasselbe Plakat durste in Köln ohne Anstand angeschlagen werden. Die Petition wurde angenommen und ein Kollege aufgenommen. Ein anwesender alter ergreuter Bäckermeister forderte ebenfalls zum Eintritt in den Verband auf.

In Köln war am 19. Januar eine gut besuchte Versammlung. Die Gründung der Petition hatte Kollege Hering-Düsseldorf übernommen. Ein Christlicher wogte hier nicht aufzutreten. Die ungefähr 150–170 Anwesenden stimmten einstimmig der Petition zu. 14 Mann sind dem Verband beigetreten.

Am 21. Januar waren in Solingen 35 Kollegen beisammen, welche mit Bespanntheit meine Ausführungen sowie die des Kollegen Hering-Düsseldorf, welcher auch hier über die Petition sprach, verfolgten. Auch hier wurde die Petition angenommen. Aufnahmen wurden 4 gemacht.

In Mühlheim a. R. h. war die Versammlung sehr schlecht besucht und trotzdem meinten die Kollegen, es sei besser wie früher. Unter den 18–20 Anwesenden befand sich ein Kollege, welcher meinte, meine Ausführungen hätten ihm sehr gefallen, wie die der sonstigen Redner, indem ich nicht so gehässig gesprochen hätte. Ferner sagte er, er wäre kein Arbeiter, sondern ein Geselle. Man müsse stolz sein, ein wirklicher Geselle zu sein usw. Es gäbe eine Anzahl Gesellen, die nicht arbeiten wollten, indem sie darauf ausgingen, kein nur kurze Zeit auf einer Stelle zu arbeiten, um dann ihr verdientes Geld zu verkleben, solche könnten sich natürlich nichts sparen, um später selbst Meister zu werden. Dazu sei mir ein Geselle imstande, welcher etwas gelernt habe und lange auf einer Stelle sei; leider gäbe es aber viele Gesellen, die nichts könnten. Warum diese aber nichts gelernt haben, hat dieser Kollege wohlweislich verschwiegen. Es war mir und dem Kollegen Oelmann ein reiches, diese unsinnigen Behauptungen zu widerlegen. Leider die Petition konnte nicht abgestimmt werden, weil einer nach dem anderen fortließ. Einige Aufnahmen wurden gemacht.

Die Düsseldorfer Versammlung war auf Sonntag vormittags 11 Uhr einberufen, war aber nur von 50 bis 60 Kollegen besucht. Der Christliche Schmitz schaute ich einmal um, verschwand aber gleich wieder. Die Petition wurde von der Tagesordnung abgelehnt wegen des schwachen Besuches. Es soll eine besondere Versammlung wegen dieser Sache einberufen werden. Meine Ausführungen wurden mit Beifall angenommen. Von den Christlichen war ein Abgehandelter anwesend. Es war uns ein leichtes, den Behauptungen zu widerlegen. Insbesondere gingen die Kollegen Hering und Österreiter scharf mit ihm ins Gericht. 2 Kollegen traten dem Verband bei.

In Essen a. d. R. waren am 22. Januar, nachts 11 Uhr, 35 Kollegen erschienen. Kollege Hammers-Düsseldorf batte hier die Petition zu begründen. Dieselbe wurde angenommen. Vier neue Kämpfer wurden gewonnen.

Bon hier aus ging es wieder nach Düsseldorf zum Stiftungsfest unserer dortigen Mitgliedschaft, welches sehr schön und ruhig verlaufen ist.

Am 22. Januar sollte eine Versammlung in Duisburg sein. Leider ist aber außer dem dortigen Vertretensmann niemand gekommen. Wir begaben uns dann in das Verleihsstöf der Bäder. Hier sahen einige Kollegen bestimmt, mit diesen war aber nicht zu sprechen, indem sie sehr vertieft beim Kartenspiel waren. In diesem Stöf hängt eine Tafel des dortigen Gehülfenvereins aus, auf welcher eine Einladung zum Festessen des Kaisers Geburtstag stand. Das Diner kostete 1.80 M. Als wir einige Minuten dort sahen, kam der Wirt und lud uns ein, am Festessen teilzunehmen. Wir lebten ab und gingen. So lange die Duisburger Kollegen sich so über die Löffel ausharrten lassen und solche Gleichgültigkeit zeigen, werden sie Verhältnisse nicht besser werden.

In Bochum, wo doch die Wogen des Bergarbeiterkreises sehr hoch gingen und alles über denselben sprach, war die Versammlung nur von zirka 20 Kollegen, darunter ein Christlichkeitsunter, besucht. Ein Zeichen, wie grenzenlos innerer die dortigen Kollegen noch sind. Meine Ausführungen wurden bestmöglich angenommen.

In Münster sollte am 25. Januar Versammlung ein, die aber nicht zustande kam. Es waren nur 4 Kollegen erschienen. Ein Kollege ließ sich aufnehmen. Hier scheint es an der Einberufung gelegen zu haben. Der dortige Bertrauensmann scheint die Sache nicht ernst genug zu nehmen. Hier wird der Vorstand eingreifen müssen. Es sind Leute dort, welche gewillt sind, die Sache in die Hand zu nehmen.

Die Versammlung in Dortmund war die beste von der ganzen Tour. Die Petition behandelte hier der Kollege Cardinal. Unsere Ausführungen wurden mit großem Beifall angenommen. Hier kam es zu einer kräftigen Debatte zwischen uns und den Christlichen. Insbesondere wurde letzteren von den Kollegen Ritter, Cardinal und Houth ganz ehrlich beleuchtet. Nach einem kräftigen Schimpfwort keinerlei wurde die Petition angenommen. 5 Kollegen traten ihren Eintritt in den deutschen Bäckerverband.

In Elberfeld ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. Es waren 30–40 Kollegen anwesend. Die Petition setzte R. Göttje zu vertreten. Dieselbe wurde gegen eine Stimme angenommen.

In Witten fand am 29. Januar, vormittags 11 Uhr die Versammlung statt, welche in der Mehrzahl von Christlichen besucht war. Wie in allen früheren Versammlungen, so brachten auch hier die Christlichen die alten Baderhüter vor. Die Petition wurde angenommen, welche der Kollege Schäfer begründete.

In Remscheid war die Versammlung auch sehr häufig besucht. Neben die Petition sprach hier der Kollege Hammers-Düsseldorf, welche angenommen wurde. Ein Kollege trat dem Verband bei.

Von hier aus ging es unverzüglich nach Frankfurt a. M., wo eine Umarbeit ihrer Erledigung hatte. Denn auch in einzelnen Städten nichts zu tun, so ist uns diese Tour doch wieder Erfolge gebracht. Im Vorigen habe ich gefunden, dass auch im ganzen Düsseldorf noch vieles und schweres Held zu bedenken ist. Hier steht es, dass dort viel mehr rednerisch gewandte Kollegen vorhanden sind als anderswo. Wenn diese nur einigermaßen

geschickt in die Agitation eingreifen, dann muss es vorwärts gehen, trotz aller Hindernisse, welche uns in den Weg gelegt werden und mögen sie kommen, von welcher Seite sie wollen.

Bereiter Kraft gar oft gelingt,
Was einer nicht zustande bringt!

E. Seidig.

Ans unserem Berufe.

Eine Medaille „für treue Arbeitsleistung“ haben die Herren von der Karlsruher freien Bäckerinnung herstellen lassen, um damit die Gesellen zu belohnen, die zufrieden sind, wenn sie statt einer ansändigen Vergütung für die Schinderei zum Nutzen der Herren Meister ein Stück Metall angehängt bekommen. Diese Anerkennung der treuen Arbeitsleistung löset den Herren Meistern fast gar nichts und die Herren von der Innung tun sich jedenfalls was zugute auf den durchbar gescheiten Einstall, die Bäckergehülfen mit Medaillen abzulohnen. Es fragt sich blos, ob die Gesellen über die Dekoration mit der Innungs-Medaillen die teilweise geradezu miserablen Löhne und die sonstigen Missstände in den Bäckereien vergessen lernen. Wir glauben nicht daran. Dieser Hirtenfang dürfte denn doch den Bäckergehülfen von Karlsruhe zu dummkopf sein. Auch sie wissen, dass sie sich für die Innungsmedaille nichts lassen können und dass es den Herren Meistern bei einem guten Willen sehr wohl möglich wäre, bessere Löhne zu bezahlen. Davon aber wollen die Herren Meister nichts wissen; sie wollen sich die Anerkennung der treuen Arbeitsleistung nichts kosten lassen, sie behalten ihre Löhne für sich und traktieren die Arbeiter mit einem Spießzeug, schütteln also noch Hohn und Spott auf die Gehülfen, nachdem sie sich in ihrem Dienst ausgemergelt und abgeradert haben. Die Gesellen haben nur eine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren und sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, das ist der Anschlag auf den deutschen Bäckerverband. Mit Hilfe der Organisation müssen sie den Herren Meistern zeigen, dass auch die Bäckergehülfen sich heutzutage nicht mehr mit Kindertäschchen zum Besten halten lassen, sondern vor allen Dingen Andruck auf bessere Vergütung haben. Die Innung hat ein Exemplar der Medaille in die städtischen Sammlungen gegeben; man wird also auch in jenen Zeiten noch das Beweisstück der Überprifigkeit der Karlsruher Bäckermeister am Anfang des 20. Jahrhunderts bewundern können. Drum, Kollegen von Karlsruhe, lasst ab von dem Klimmbimbein und tretet in den deutschen Bäckerverband; nur durch den kann ihr bessere Arbeits- und Lohnbedingungen erringen!

Kriechei.

Es schlägt dem deutschen Hunde nur,
Ein richtig guter Schweiß zum Wedeln.
O du gründgütige Mutter Natur,
Du Spenderin alles Edlen,
Wer'd doch dem deutschen Hunde gerecht,
Gerecht auf dieser Erden,
Und los das nächste deutsche Geschlecht
Mit Schwänzen geboren werden!

So möchte man mit Heinrich Heine aussehen, wenn man jetzt die bürgerlichen Blätter liest und die Festreden betrachtet, welche anlässlich der Kaiser Geburtstagsfeiern gehalten worden sind. Man muss als Deutscher vor Scham die Hände vor das Gesicht halten und sich fragen, wie solch ein ungebührer Nationalismus möglich ist! Dies alles wäre dennoch zu verstehen, wenn diese Freiheitlichkeiten von Kapitalisten, von sonstigen staatsbehaltenden Personen gesetzt würden, aber doch auch Arbeiter diese Schweinewedelei mitmachen, ist mir ihrer Unkenntnis zuschreiben. Doch dieses hier näher zu erörtern, soll nicht meine Aufgabe an dieser Stelle sein; ich wollte nur die Kriegerei und Schweinewedelei in unserem lieben Bäckerhandwerk näher beleuchten.

Es ist diesem Punkt von Seiten unserer Organisation nicht die Beachtung geschenkt worden, welche ihm als unsern Hauptantheil unserer Organisation zulommt. Ich will nicht nur auf die Bergungsgesellschaft hinweisen, welche in ihrer Schweinewedelei vor den Innungen unerhört leistet, sondern auch vor allen Dingen in den Bäckereien selbst. Die meisten sind sich der Gleichberechtigung als Befürworter mit dem Kaiser ihrer Arbeitsschaft unverzagt und nur deshalb ist es zu verstehen, dass zum Beispiel Gehülfen, wenn der Meister mit ihnen sich freundlich unterhält, sozusagen entzückt sind. Dann wird bei dieser Gelegenheit, wenn der Meister über den Verband loslegt, natürlich mitgeklatspi, oder es wird auch über einen anderen Gehülfen losgelegt, um möglichst seine eigene Person in höhere Gunst zu bringen. Müsste nicht da dem Betreffenden die Schamröte ins Gesicht steigen! Solch ein Meister weiß dies denn auch auszumachen und er handelt einen solchen Gesellen auch gewöhnlich so, wie es ihm zulommt und er es auch in Freiheitlichkeit verdient. Er würde ihm nicht mit Ansprüchen und Schimpfereien oder auch mit zu langer Arbeitszeit begegnen, wenn ein jüngerer meist Selbstbedienungsteil bejähzt. Es könnten Tausende von Beispiele von den Kollegen gebracht werden; ich will hier nur eins erzählen: Ja meiner Nachbarschaft wohnt ein Bäckermeister, welcher 3 Gehülfen beschäftigt. Der erste Gehülfen, eine Person in den dreißiger Jahren, gerät ganz in Aufregung, wenn der Meister sich in der Bäckerei sehen lässt; er weiß dann nicht, wie schnell er dann arbeiten soll. Es werden bei dieser Gelegenheit die anderen Gehülfen mit Schlägen traktiert. Wenn dann die anderen Gehülfen zu Bett sind, macht er sich Extraarbeit, legt sich in die Achenbäume und sucht Fuß aus, um ihn der Meisterin mit den Worten zu überreichen, es ist schade, dass er verkommt. In dieser Hinsicht muss von Seiten unserer Organisation noch vieles geleistet werden durch Aufklärung. Nur dann wird dieser Haushaltsherr unserer Organisation bestreitigt!

Unter der Leitung leuchtet „Die deutsche Bäckerei“, Organ der freien Vereinigung der Bäckermeister Berlins, welches hinter die Foulées der Berliner Germania-Innung. Über die letzte Innungsversammlung mit Vorstandswahl wird dort folgendes berichtet:

Die Wahl des Obermeisters wurde per Aufführung vorgenommen, was nebenbei bemerkte – nicht sein durfte, da gegen die Aufführungswahl Stimmen laut wurden, die nach Stimmzettel riefen und bei der Abstimmung: Ob Stimmzettel oder Aufführungswahl, eine Stimme gegen die Aufführungswahl war. Diese Wahl ist also anfechtbar. Der bisherige Obermeister ist also wieder gewählt. Als es zur Obermeisterwahl kam, ließ sich der bisherige Obermeister etwa folgendermaßen aus: Er behauptete, die Wahl nicht wieder anzunehmen, da er nach ein paar Jahre-

in Ruhe vollbringen wolle; das ganze vorige Jahr habe man ihm sehr trübe Stunden bereitet, vor allem aber die Prozesse seiner eigenen Kollegen, auch sei er kaum mehr der heutigen Zeit gewachsen, die große Anforderungen an dieses Amt stelle. Er nehme aber, da es allgemein gewünscht wird, die Wahl wieder an. Wenn der Herr Obermeister diese Erkenntnis hat und es so meint, wie er spricht, hätte er dieses Amt nicht mehr annehmen dürfen. Es muss uns schon gestattet werden, dass wir berechtigten Zweifel an diesen Worten hegen. Die übrigen sieben Vorstandsmitglieder wurden per Stimme gewählt, welche man eigentlich durch Aufführungswahl vorgenommen: Der Vorstand hat seine Kandidaten gleich auf die Stimmzettel drucken lassen, im übrigen wurden noch sieben Namen auf eine große Tafel geschrieben und an die Wand gehangen, es war deshalb selbstverständlich, dass wunschgemäß gewählt wurde. Auch sind die Kassenprüfer wiedergewählt.

Höchst interessant war auch der Fragekasten, der den Boykott-Abwehrausschuss, keine liebvolle Tätigkeit, die wir in unserer letzten Nummer festgestellt und Abrechnung verlangten, was immer noch nicht geschah ist. Abermals ins richtige Licht setzte Kollege Schabrodt frag an, wie es möglich gewesen ist, dass ein Kollege aus der Mauerstraße – der Name ist uns entgangen – von diesem Ausschuss 500 M bekommen konnte und selbiges dann dem Vorstandsausschuss angetragen habe. Sturm, der nicht dem Vorstandsausschuss angehört, gibt die Antwort: Es seien schon Schritte getan, die 500 M wieder zu bekommen. (Wird aber schlecht sein. D. Red.) Uns fällt auf, dass in der Mauerstraße, wo keine Arbeiter wohnen, also der Boykott doch garnicht so gewirkt haben kann, 500 M gegeben wurden, in den Arbeitervierteln wurden aber viele, welche bei dem Ausschuss um Unterstützung einkamen, abgewiesen. Wir werden uns noch lange Zeit gedulden, bis wir wieder Abrechnung verlangen.

Noch eine Frage, die eingegangen war und auch am Vorstandssitz die Stunde gemacht hatte, wie uns genau versichert wird, aber nicht verlesen wurde und folgedessen nicht beantwortet werden konnte, hatte ungefähr folgenden Wortlaut:

An den Vorstand der Berliner Bäckerinnung.

In einem Schreiben des Obermeisters Bernard vom 18. 8. 1903 an die Gewerbedeputation des Magistrats hat Herr Bernard ausdrücklich erklärt, dass unsere Innungszzeitung vom Jahre 1887 bis 1901 keine Zuschüsse aus der Hauptkasse erhalten hat und dass die Berwendungsgebühren der Zeitung durch die Rentate und sonstige Einnahmen gedeckt sind. Dies ist eine Unwahrheit. Die Gewerbedeputation hat aus dem Hauptklassenbuch festgestellt, dass während der angegebenen Zeit für Berwendungsgebühren bedeutende Summen gezahlt sind, zum Racheteil der Innungskollegen. Da aber das betr. Kassabuch gestohlen oder verloren gegangen sein soll, so ist eine Kontrolle dadurch unmöglich geworden. Ich ersuche nun den Herrn Obermeister, sich darüber zu erkennen, wo die 12 000 bis 13 000 M geblieben sind. Die Frage trägt die Unterschrift: Otto Habib.

Dass man diese Frage unterschlagen hat, hindert die „Germania-Zeitung“ nicht, über den Punkt „Fragekasten“ im ganzen folgendes zu berichten: 14. Der Fragekasten weist diesmal fünf verschiedene Fragen auf, die vom Vorstandssitz aus sofort sachgemäß beantwortet wurden. — Wenn man das mit der Habilschen Frage auch „sachgemäß“ nennt – dann gute Nacht.

Wir werden weiter sehen, was aus der Angelegenheit wird und werden unsere Leiter dann davon unterrichten. Wir glauben kaum, dass sich Habib mit dieser „Antwort“ zufrieden geben wird.

Interessant ist die Selbsterkennung des Herrn Bernard, dass er „der heutigen Zeit nicht gewachsen“ sei! Was kann es nur recht sein, wenn das plump, ungeschickt und blindwütige Drausengertum wieder als Sieger aus der Wahl hervorging, denn bessere Agitatoren für unsere Sache können wir uns gar nicht wünschen, als diese!

Wie die Herren ihre in ganz Deutschland zusammengebrachten Unterstützungsgebihr beim Streik nach reisiger Willkür verteilt haben, das lässt uns ziemlich falt und es ist unzulässig. Mitteid mit den betrogenen Kleidermeistern, welche die Großknechtereien der Innungsmacher für bare Münze hinnahmen, zu haben. Diese Leute könnten sich vorher sagen, dass es so kommen würde, wenn sie die Vorgänge bei den Streiks in anderen Städten mit offener Augen beobachtet hätten! — Aber die Anfrage des Herrn Habib ist sehr interessant! — Vielleicht noch ein Innungsskandal pro se ist gefällig. Herr Bernard?

Krankenkassen-Bürokratie. Ein wohl einziger stehender Vorfall wird in Aixdorf viel besprochen. Vor 14 Tagen ertrank im Aixdorfer Schwimmbad ein Arbeiter, der über das Eis gehen wollte. Ein Bäckergeselle, der den Ertrinkenden retten wollte, stürzte dabei selbst in das Wasser und wäre ebenfalls ertrunken, wenn nicht im letzten Augenblick einige Arbeiter ihn hätten retten können. Ein hinzugezelter Arzt fand den Bäcker erstickt und völlig bewusstlos vor und ließ daher zunächst eine dicke Wein holen, welche dem braven jungen Mann nach und nach eingesetzt wurde und die ihre Wirkung nicht versagte. Der mutige Bäcker kam so mit einem kräftigen Schimpfen davon. Da der Bäcker der hiesigen Bäcker-Innung-Krankenkasse angehört, wurde die Rechnung für die dicke Wein der genannten Firma präsentiert. Diese aber verzweigte Zahlung des ganzen Betrages, da der Patientarzt erklärte, „eine vierzig Flasche würde im vorliegenden Falle auch genug haben!“ — Wahrscheinlich wird nun der arme Bäckergeselle den Wein aus seiner Tasche bezahlen müssen. Was kommt es darauf an, wenn er, durch diesen Fall geweckt, sich in künftigen Fällen bestunt, ein Menschenleben zu retten?

Die Feindschaft der Bäckermeister gegen alles, was nach Sozialreform reicht, tritt in einem neuen Vorgehen dieser Herren hervor. Eine Bäckermeisterversammlung in Berlin, die vom Hofbäckermeister Bäde nach dem Germaniafesthalle einberufen war, hat beschlossen, dem Verlangen der Frühstücksaufsträger nicht zu entsprechen, vielmehr gegen diese Aufforderung Protest einzulegen. Nach den Ansichten des Referenten, Spaldius Löwe, ist das Verlangen, die Frühstücksaufsträger bei der Sicherung anzuwenden, nicht gerechtfertigt. Es wurde in der Diskussion betont, dass die Bäder im Verhältnis zu den geringen Gefahrenmöglichkeit schon zu hoch belastet seien. Gegen die Aufforderung der Berufsgenossenschaft, die Aufsträger als verschaffungspflichtig anzusehen, will man den

Beilage zu Nr. 8 der „Bäcker-Zeitung“ vom 25. Februar 1905.

Die weitere Entwicklung unseres Verbandes.

Wenn ich bei Begründung der Vorstandsaufträge zum Verbandstage in einem wichtigen Punkte meine abweichende Meinung fand gab, so vertriet ich damit nicht etwa plötzlich so über Nacht in mir aufgetauchte Pläne, sondern dieselben sind schon ziemlich alt und durch die Tatsachen in den letzten zwei Jahren noch gereift. Es handelt sich dabei um die Frage: Aufstellung von Ortsbeamten für größere Wirtschaftschaften in Großstädten und vollen reichen Industriebezirken, in denen aus Gründ der bisherigen Fortschritte der Organisation mit Sicherheit Gewissheit auf weitere und auch raschere Vergrößerung der Zahl der Verbandsmitglieder gewonnen werden kann, wenn die nötigen Voraussetzungen für pianmäig geleitete Agitation, prompte und exakte Versorgung und vor allen Dingen für regelmäßige Beitragsentnahmen geschaffen werden!

Um die Notwendigkeit solcher Maßregel zu begründen, sei zunächst einmal in beistehender Tabelle den Mitgliedern ein Bild entworfen über die eisernenche Entwicklung des Verbandes in den Großstädten und Industriebezirken. Dennoch muß ich vorweg zu der Tabelle bemerken, daß ich nicht etwa in für meine Pläne günstiger Weise die Zahlen angewandt habe, was bei derartigen Zusammenstellungt, wenn die Absicht zu solchem Vorgehen vorhanden, auch möglich ist. Über die an den einzelnen Orten oder Bezirken beschäftigten Gesellen und Hülfsarbeiter habe ich bis jetzt in der statistischen Aufnahme im December des Vorjahrs von den Mitgliedschaftsverwaltungen anggeben, u. Zahlra verhandt. Vergleiche dieser Zahlen mit der Reichsstatistik von 1895 zeigen ohne weiteres, daß von einzeln Bezirkswaltungen die Zahl der Gesellen und Hülfsarbeiter vom ganzen Bezirk, auf welchen sich die Mitgliedschaft erstreckt, angegeben sind, während von anderen Orten wieder nur über das Gebiet der Stadt berichtet und damit in Zusammenhang stehende Vororte nicht berücksichtigt wurden. Aber ferner gewahrt man auch bei solchen Vergleich, daß einzelne Mitgliedschaftsverwaltungen bei ihren Angaben schon darauf bedacht waren, alle nach ihrer Meinung nicht Organisationsfähigen, so u. a. die Wädermeisterschule, nicht mitzuzählen. Würden diese überall mitgezählt sein, so würden sich die Zahlen noch erhöhen.

Die Mitgliedschaften Dresden und Mainz und Wiesbaden sind zusammengelegt, desgl. Mainz und Wiesbaden und ebenfalls Wiesbaden mit dem Saarrevier. Für Mannheim und Ludwigshafen besteht schon seit dem 1. Januar d. J. eine gemeinsame Mitgliedschaft. Die übrigen in der Tabelle zusammengelegten Orte würden auch ihre Mitgliedschaften mit einander verschmelzen, sobald die hier angeregte Arbeit realisiert würde. In der letzten Rubrik habe ich gezeigt, welche Entwicklung diese Mitgliedschaften in den nächsten Jahren noch nehmen können, und diese herbeigewünschte Vorwärtsentwicklung muß Platz greifen, wenn überall mit der notwendigen Planmäßigkeit und Energie gearbeitet wird. Dort habe ich angenommen, daß in absehbarer Zeit 75 Prozent der Organisationsfähigen in diesen Städten zu organisieren sind und dabei pro Mitglied 40 geleistete Beiträge für das Jahr in Ansatz gebracht, mit welcher Zahl man auch den Verhältnissen Rechnung trägt.

Mitglied- schaft	Gesellen u. Hülfs- arbeiter	Einkassierte Beiträge	Wenn 75 % organisiert, wären Beitr.
Altona	675	10251	11600
Augsburg	441	695	1027
Berlin	6600	15099	26225
Bremen	355	183	770
Breslau	733	1570	2588
Chemnitz	434	672	1215
Cöln a. Rh.	1175	—	605
Dortmund	335	1094	1635
Dresden mit K. Grund	1182	5689	12144
Düsseldorf	662	1203	1866
Elberfeld	383	623	1959
Eisen-Dochum	465	659	700
Frankfurt a. M.	1150	4650	7733
Freiburg i. Br.	184	681	1335
Halle a. S.	235	759	1070
Hamburg	1732	22643	27993
Hannover	620	840	1308
Stadtstraße	255	87	773
Kiel	256	3035	4483
Königsberg i. Pr.	310	—	461
Königshütte (Über- schles. Ind.- Bez.)	740	352	700
Leipzig	1200	7564	9774
Lübeck	249	3517	4294
Magdeburg	400	4555	5214
Mainz-Wiesbaden	613	2881	4122
Wiesbaden-Ludwig- shafen	518	652	1974
München	1310	18557	21096
Nürnberg	730	1466	2939
Saarrevier-Meh	733	1832	1743
Stein	440	414	159
Stuttgart	520	1166	1186
Strasburg i. E.	270	203	510
Summe		95935	114413
Summe		100121	107283
Summe		77765	82200

Die Tabelle lehrt uns nun, daß wir in den 32 zahlstelligen Mitglieder hatten im Jahre 1902 2860 und 114412 einklassierte Wochenbeiträge für Berechnung der Mitgliederzahl nehme ich auch hier 40 geklasseste Beiträge im Jahre auf jedes Mitglied an); 1903 waren es 4073 Mitglieder mit 162124 Beiträgen, und 1904 waren es 5634 Mitglieder mit 265363 Beiträgen. Diese Mitgliederzahl der 32 Städte macht in jedem Jahre $\frac{2}{3}$ der Gesamtmitgliederzahl des Verbandes aus und die in diesen Städten geklassierten Beiträge betragen in jedem Jahre noch mehr als $\frac{2}{3}$ der gesamten Beiträge des Verbandes. Man sieht daraus schon, welche Bedeutung für den Gesamtverband die zukünftige Feststellung und Entwicklung dieser 32

Nach auffälliger muß diese Frage sich jedem denkenden Mitglied aufdrängen, wenn man in Erwägung zieht, daß mit nicht allzugroßen Schwierigkeiten in absehbarer Zeit unsere Mitgliederzahl in diesen Städten $\frac{1}{4}$ verdreifachen könnte nach obiger Berechnung, mit können und müssen in diesen Städten 75 Prozent der Organisationsfähigen dem Verbande gewinnen, das würde rund 19500

Mitglieder mit 780 000 Wochenbeiträgen im Jahre ergeben.

Noch mehr zwingt sich uns aber diese Frage zu einer gehender Erwägung auf, wenn wir folgendes berücksichtigen: Im Jahre 1903 wurden im Verbande 55174 Beiträge mehr eingeflößt als im Vorjahr; daran partizipieren diese 32 Orte oder Bezirke aber allein mit 47 712 Beiträgen. Im Jahre 1901 betrug die Vermehrung 124 800 Beiträge, wovon 102 239 auf diese 32 Orte oder Bezirke entfallen. Säder gefandt in Vergrößerung des Verbandes entfallen also auf die oben ausgewählten Mitgliedschaften, während sich die 50 hier nicht mit aufgeführten kleinen Mitgliedschaften in das übrigbleibende Zechsteil der Vergrößerung des Verbandes teilen.

Was ist es nach diesem noch eines Beweises für die unumstößliche Wahrheit der Tatsache: In den Großstädten und volksreichen Industriebezirke sind die Kollegen reif für die Organisation dort bedarfes nur planmässiger und geschickter Agitation und ebensolcher Leitung der Gewässerführung des Verbandes um wir müssen in diesen Städten in für diese Art ganz bedeutende Fortschritte erzielen!

Wenn der Beitrag des Verbandsvorstandes zur Finanzierung gelangt, daß die Mitgliedschaften mit einem erfassten Einflüsterer pro Beitrag 5 L. mehr an die Hauptrasse abzuzahlen haben als die übrigen Mitgliedschaften so würde dies bei der Annahme, daß 75 Proz. der Organisationsstädte in diesen Kreis und Bezirken dem Verbande zugänglich werden, M 38 870 Wichtelmaale in 10 Jahren ausmachen und diese Summe genüge zur Rundsumme von 26 Einflüsterern in 26 Städten bei einem Durchschnittsbeitrag von M 1500 im Jahre. Die übrigen 6 Städte aber in diesem Falle ganz gut auf Kosten der Hauptrasse das anderen Einnahmen bezahlt werden, weil bei solcher Annahme ein Mitgliederzahl das Rieso, in der Unterstellung beständig geringer würde und dazu auch die Organisations- und Beurteilungsausgabe sich verringert nicht erhöhen, sondern bedeutend vermindern würden.

Eine solche Einrichtung, vorausg. setzt, daß die nötige
fähigen Leute übereall zur Verarbeitung zu finden wären:
würde aber nicht nur größere Städte in diese Wirk-
lichkeitselfen selbst bringen, nein auch den benachbarten
kleinen Ortsstellen würde sie in der Agitation zum Vor-
getrieben, weil diese öfter mal einen freien Agitator
ihre Wände haben können, als wie es bräte der Fall ist,
wo meistens nur die acht Gauleiter die Agitation
ihren Bezirken betreiben. Dann könnten sie aber auch die
Eisbauten mit zur Agitation in den benachbarten
kleineren Orten verwenden.

Nachstehendes Drittel vertheilen.

„Doch mit einer solchen Idee, vielleicht im Handbuch drehen in ellen diecket 32 Etw. Einlassierter erstellen wollen, frage ich mich selbstverständlich nicht. Das wäre auch vorläufig schon aus finanziellen Gründen eine Unmöglichkeit, weil eben nicht im Handbuchdrittel in diesen Städten die 75 Prozent organisierte Kollegen herbeizuschaffen sind und wir uns dort vorläufig mit 25 Prozent organisierte Kollegen beschäden müssen. Es soll eben auch in dieser Beziehung mit grösster Vorsichtigkeit und je nach der Leistungsfähigkeit der Organisation, aber auch nur dort, wo sicher auf Erfolge zu rechnen ist, vorgegangen werden.“

Wie die Tabelle zeigt, ist der Aufschwung in den benannten 32 Mitgliedschaften sehr verschieden! So schreit zum Beispiel Altona seit dem Jahre 1900 rübig und sicher vorwärts, und seitdem dort gegen eine Befeldung von annähernd 500 M der Kassierer (der zugleich bestehender Verwundbarkeit der Kassenkasse ist) angestellt ist, kann man auch auf fernere rücksichtige Nachrichten rechnen. Ein ähnliches Verhältnis besteht schon seit Jahren in Hamburg wo beide Kassierer von den Kreuzenklassen angestellt sind und je $\frac{1}{3}$ ihres Gehalts von der Mitgliedschaft beigeschweift wird. Hier beteiligt sich auch der Gaukler in der Zeit wo er nicht auf Diensten ist, an der Arbeit und sollte der Plan der Verschmelzung beider Mitgliedschaften von den Mitgliedern akzeptiert werden, so könnte das Verhältnis der 3 Kassierer ungefähr dasselbe bleiben, oder aber es müsste ein Kassierer ganz und einer zur Hälfte von der Hauptklasse bezeichnet werden, welche aus den beantragten 5 S pro Verein aus beiden Mitgliedschaften zirka 2100 Mehreinnahme haben wird. Zu der Mitgliedschaft Augsburg wäre wohl für die nächste Zeit noch nicht daran zu denken, in dieser Beziehung etwas zu unternehmen; doch kann auch die Entwicklung der Mitgliedschaften durch die Kassenklassen in der Konkurrenz bei auszuführen werden.

von den Kollegen in der Komiteesarbeit eingesetzt werden.
In Berlin sind 2 Kreisbeamte angestellt, der 2. seit dem Frühjahr befindet sich bei sich der Geuleiter dort die ganze vorige Jahr mit an der Arbeit in Berlin beteiligt müssen, was er aber jetzt nicht mehr in dem Maße kann. Die beantragten 5 A werden für Berlin rund 3000 M im nächsten Jahre d. r. Hauptkasse bringen, welche etwas über das Gehalt der beiden Kreisbeamten ausmachen. Nach aber Berlin weitere Fortschritte, was hierzu zu erwarten ist, so wird dort bald ein 3. Einflussreicher angestellt werden müssen. — Für Bremen, wozu man die ganze Vergangenheit mit einbeziehen möchte, ist die Frage noch nicht bereitend. Zumindesten ist in letzter Zeit die Stimmung dort für den Verband so günstig geworden, daß schließlich der Geuleiter sich längere Zeit dort aufzuhalten muß und erzieht dieselbe dort gute Erfolge, dann ist es nötig der Kreisnäher zu treten. — Genau so verhält es sich mit Chemnitz und Dörrtmannsd. In beiden Städten hätten noch eine große Anzahl Kollegen in der Umgebung. — In Breslau dagegen können der Geuleiter und einige Kollegen in der Genossenschaftsbücher, die Arbeit noch lange bewältigen. In Frankfurt a. M. hat der Geuleiter des natürlich kleinsten Hauses seinen Sitz und kann diesen mit dem von der Krankenkasse angestellten Rassierer endlich die Arbeit am Orte noch bewältigen. — In Freiburg i. Br. zahlt die Hauptkasse dem Kollegen Strobel, in Freiburg aus Geschäftsbüchern der Wäckerlei Recht sogen müssen einen Aufschuß und betreibt derselbe dort wieder in der Umgegend die Agitation. — In Halle, Magdeburg, Bielefeld und Quedlinburg ist vorläufig an die Vermittlung solcher Pläne nicht zu denken. Während in Karlsruhe beide die Kollegen keine sichere Zuflucht vor Wohregelung haben, ist in den anderen 3 Städten die Verwaltung der Mitgliedschaft in guten Händen in genossenschaftlichen Betrieben. — Königswberg und der Oberpfälzer Landkreis sind in den Mehrzahl noch sehr rückständige Kollegen und dieser Um-

stand lädt nicht so schnell große Erfolge erwarten. Da-
neben leiden aber unsere führenden Kollegen unter brutal-
sten Maßregelungen der verknöcherten Innungsmeister und
wollen wir dort die Organisation halten, dann wird dies
auch Mittel vom Verband erfordern. — In Mü n c h e n
haben wir seit 2 Jahren neben dem Gauleiter einen besol-
deten Einlassierer und wie die Tabelle zeigt, kann man
mit den Erfolgen voll befriedigt sein. — In St e t t i n,
S t u t t g a r t und S t r a s b u r g stehen für die nächste
Zeit auch nicht derartige Erfolge in Aussicht, daß man für
diese Städte zu solchem Schritte raten könnte.

Die Anstellung von Ortsbeamten müßte aber schon recht bald erfolgen für Mannheim - Ludwigshafen (dort hat die Mitgliedschaft auf eigene Rechnung seit November Kollegen Wagner als Einlassierter angestellt), Nürnberg, Köln a. Rh., Saarbrücken. Meist in letzteren drei Bezirken müßten sich die Gauleiter zur Bewältigung der Arbeit schon monatelang aufhalten und werden noch länger dort bleiben müssen.) Wird in diesen Bezirken die Anstellung vollzogen und bewährt sich dieselbe dann müssen folgende Bezirke folgen: Hannover, Essen - Bochum, Elberfeld - Wermelskirchen, Düsseldorf, Mainz - Wiesbaden, Magdeburg, Leipzig und Dresden - Pl. Grund. In allen diesen Bezirken ist mit Sicherheit auf bedeutende Erfolge zu rechnen, wenn es uns gelingt, wirtschaftlich fähige und geschickte Personen für die Posten zu finden. Die Auswahl der Personen ist nicht besonders leicht und mancher, der sich solche Fähigkeiten zutraut und den Ehrgeiz oder sonstige Eigenheiten nach solchem Posten verlangen lassen, ist nicht geeignet dazu, denn von jedem Kollegen verlangt der Verbandsvorstand mit Recht rührige und planmäßige Meinungsbildung und prompteste exalte Geschäftsführung vor allen Dingen, daneben tödlösen Lebenswandel und striktes freundschaftliches Verkehr mit den Kollegen! Wer da glaubt, daß man auf solchem Posten soulfzen könnte, der würde auf dem schnellsten Wege wieder zum Teufel gejagt werden. Nach diesen Grundzügen müssen die Angestellten des Verbandsvorstandes ihre Pflicht erfüllen, von den Gauleitern wird das gleich verlangt und von Ortsbeamten in Mitgliedschaften natürlich nicht mehr erwartet!

Noch sei eines hierbei erwähnt! Gang in der Stille hat sich in unserem Verbande die Handlung vollzogen, daß sich eigentlich nur die wenigsten Mitgliedschaften bis an die Grenzen der Stadt, deren Rahmen sie tragen, ausdehnen im Gegenteil rechnen wir heute für fast jede Mitgliedschaft mit einem größeren Bezirk. So umfaßt Berlin das ganz Gebiet bis 2 Meilen im Umkreis und ist der Wirkungskreis bei anderen Mitgliedschaften nicht direkt festgelegt, so erstrecken sich doch fast alle auf größere Bezirke. Der Verband besitzt heute in der Mehrzahl aus Bezirksvereinen was dem aufmerksamen Beobachter nicht entgangen sei dürfte, da wir ja nur mit circa 120 Mitgliedschaften und Sitzstellen rechnen, aber bei Ausnahme unserer kleinen Stadtistik aus 346 Orten von unseren Mitgliedern Fragebögen einklopfen. Diesem Umstände braucht nun nicht durch Beschlüsse des Verbandsstages oder Statutänderungen Rechnung getragen werden, aber es ist sicher, daß sich dieses System immer weiter nach dieser Richtung ausbaut. Wird dadurch Verwaltungsmaterial gespart, indem im andern Falle noch viele ganz kleine Sitzstellen errichtet werden müßten, so bringt diese Entwicklung auch in den Mitgliedschaften mehr und kompliziertere Verwaltungarbeit und dies von mir schon lange beobachtete Tatsache ist auch ein Grund mit zu meinen Vorschlägen!

Dass die ganze Entwicklung des Verbandes mit der Zeit kategorisch Dräbeamte für grötere Städte verlangen würde, war mir schon lange klar. Sie musste besonders ausdrücklich sich bemerkbar machen, als wir bei Anstellung der Gauleiter das Einverständnissen der Mitgliedschäftsvertretungen ihrer Vororte haben. Dass war die erste Tüchtigkeit der Gauleiter; sie war in eigentlich meistens Dräbeamte ihrer Vororte. Das Verlangen der anderen Mitgliedschäftsvertretungen einzischen Gaue nach ihrem Gauleiter wurde aber immer gröter. Diese lebten sich bald in die Verhältnisse ein und haben, dass sie bei mangelhafter Geschäftsführung oder sonstigen Fehlern in einzelnen Mitgliedschäftsvertretungen einem Tage ihrer Anwesenheit nicht alles umzutun und zum Besten wenden konnten, und so reiste in ihnen das Verlangen, in den gröteren Städten ihres Gau es länger aufzuhalten, wozu sie von mir, der ich im Auftrag des Vorstandes die ganz Agitation zu führen und den Gauleitern Anregung und Ratschläge zu geben hatte, bei jeder Gelegenheit ergmuntert wurden. So haben wir in den Grossstädten die erstaunlichen Erfolge erzielt und für mich ist es kein Wunder, dass das Verlangen nach Dräbeamten immer tief ger wird. Es ist eben die Rolle dieser Umstände und die Rolle der Rechtigkeit und bedeutender Vergroßerung des Verbandes. Gern dräfe auch ich noch zurück an die Zeit, wo im Verbande noch alle Arbeit unentgeltlich geleistet wurde, ich glaube von mir behaupten zu können, dass auch ich in dieser Beziehung mein brüderlichen Teil nach außordentlich höherer Verantwortlichkeit geleistet habe, ich probte nur nicht gerne damit, aber vergleiche man doch einmal das, was heute von eueren Vertrauensleuten verlangt wird, mit den beständigen Anforderungen, welche damals die sehr lose gejagte Organisation an ihre Vertrauensleute stellte! Wer aus eigener Erfahrung den Vergleich ziehen kann, der wird mir mir sagen, dass die heutigen Anforderungen mindestens das Doppelte von denen vor Einführung der Unternehmungsweise, aber mindestens doppeltwissache dessen sind, als sie es bis zum Jahre 1895 waren! Diese so gern gebrauchte und froh wengelnden Kenntnis solcher Tage nachgeplapperte Phrasen kann ich nicht gelten lassen! Mein Prinzip ist bisher: Wenn ich genau und vorsichtige Geschäftsführung gewesen. Soll die aufrichtig erhalten werden — und ich halte sie für das erste Gebot jeder Organisation — dann muss man auch den Leuten gegenüber, von denen man solches verlangt, Tüchtigkeit gelten lassen und darf ihre Arbeitsleistung nicht als etwas ganz minderwertiges hin-

stellen! Ich bin der festen Überzeugung, daß neben Geschick in der Agitation, Auger Taktik in den Lohnbewegungen und prompter Weisheitsübung im Verbände diese zweite ist einflußreichend ist, daß es mit von ihr abhängt, ob unser Verband bis zum Jahre 1907, also bis zum nächsten Verbandsjahr, die Mitgliederzahl auf die gewünschte und

Die Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften und Beitragszahlung

von Heinrich Möller, Schwerin i. M.

Wenn wir das eine Wort hören, nämlich „Arbeitslosenunterstützung“, so müssen wir uns hierbei ein großes Bild vor Augen führen. Vielleicht Rot und Grün herrscht doch bei demjenigen Arbeiter oftmals, welcher einmal auf kurze oder längere Zeit die Arbeit ausspielen muss, wenn er nicht gewerkschaftlich organisiert ist! Der Arbeitslose, der heutzutage verdient wird, genügt bei den meisten Gewerkschaften nur so weit, um allen Anforderungen des benötigten Lebens gerecht zu werden, und es werden wohl selten Gelehrte übrig sein, die zurückgelegt werden können für spätere Zeiten, wo die Not mal herantritt. Damit nun ein Arbeiter nicht betteln gehen braucht, wenn er hinzulagen mal an dem Trocknen sitzt, haben die Gewerkschaften die edle Sache unternommen und haben die Unterstützung der Arbeitslosen eingeführt. Schon aus diesem Grunde müsste jedermann der Arbeiterklasse es für seine Pflicht halten, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, zu seinem eigenen und eventuell seiner Familie Wohl. Durch die wöchentliche Beitragszahlung der Mitglieder der Gewerkschaften sammelt dieselbe ein Kapital an, welches uns durch die Unterstützung in Zeiten der Not gleichsam wieder zurückgegeben wird. Es ist also dieses ganze eigentlich eine kleine Sparkasse, in die man wöchentlich einige Rödel einzahlt, worauf man sich in den brotlosen Tagen verlassen kann.

Es haben ja auch einige Arbeitgeber sich so weit herabgelassen, und haben für die Arbeiter ihres Berufes Unterstützungen eingerichtet. Leider sind diese Gnadenpfennige auch nur so knapp bemessen, daß es zum Satzwerden nicht genug ist und zum Verhungern nur eine Kleinigkeit zu viel. Oftmals werden diese paar Pfennige, die die Herren Arbeitgeber hierfür blechen, noch vom Arbeitshof entzogen. Ich möchte hierbei nur an das Fummelgeschenk der Bädermeister erinnern!

Wie sich nun unorganisierte Kollegen über das Fummelgeschenk äußern und schon bereut haben, daß nicht rechtzeitig organisiert zu haben, zeigt uns so recht folgender interessante Fall, den ich im nächsten kurz erläutern will.

Es war einige Zeit vor Weihnachten vorigen Jahres. Meine beiden Kollegen und ich (mit denen ich zusammen arbeitete in der Broi-Bernd-Bäderei von A. B. hierbei), einer Meister und auch dessen Frau waren abends damit beschäftigt, daß Broi, welches wir tagsüber gebauten hatten, in Ordnung einzubringen. Ich war in einem Vorraum beschäftigt, die Stöcke zuzubinden, während die übrigen nebenan das eigentliche Baden beobachteten. Da plötzlich trat ein junger, blauer Mann bei mir ein, grüßte und fragte, ob er den Meister sprechen könne. Nach meiner Bekämpfung und Abwendung, nebenan bei der Meisterin, befolgte er dies und begab sich nach dem Baderaum. Hier eingetroffen lagte er: „Guten Abend, Meister!“ „Haben Sie nicht eine bisschen Arbeit für mich, ich habe gestern in Broi gearbeitet, bin mir schon eine ganze Zeit unberghalten, Geld hat mir auch nicht mehr; nach dem Fummelgeschenk bin ich auch schon hingewichen; das ist aber auch ja 'n Trost, da geben sie einem 40,-, dafür kann man die Nacht schlafen und dann ist es wieder alle, wollt' Sie mir nicht 'n bisschen schenken, Meister, wenn Sie mir ja gut was geben's mit ein paar Pfennige“ rührte, rührte. – Unter Meister kam garnicht zu Broi, nachdem dieser nette Kollege ausgerappt hatte, gab er ihm 20,- und damit war er wieder entlohn. Daß er im Neberraum hörte, wie schon jener „Wir fragen ihn: „Na, Kollege, auch Verbandskollege“ und die Antwort war – leider nein.“

Da dieses Falle seien wir wieder so recht, wie unendlich leid es schon manchen unserer Kollegen geworden ist, daß nicht rechtzeitig organisiert zu haben. Erst dann, in Zeiten der Not und des Elends seien sie es ein, wie schon nach die Errichtung in den Verbänden ist, nämlich die „Arbeitslosenunterstützung“. Wenn sie früher auch schon dem einen oder dem anderen Agitator unseres Verbandes gesummtet haben: „Sie will mein Geld lieber ins Wasser werfen, dann höre ich es doch plaudern.“ – So Kollegen, gerade viele andere Herren kommen nachher oftmals um meinen, wenn sie etwas keine Arbeit haben, und schon oftmals hat man sie denn schon sagen hören: „Ach, hätte ich nicht eher veranlaßt, kein kommt und wäre Verbandskollege geworden, so brauchte ich jetzt keinen Schmoll zu machen bei den Arbeitgebern.“

Aber leider kommen diese Gedanken bei den meisten Arbeitern zu spät und heißt man es ihnen auch noch so oft vor, wie jetzt es ist, wenn man einer keine Arbeit hat, und man weiß dann wo man sich eine wirtschaftliche Unterstützung holen kann – alles nicht nützt, nur wenn es zu spät ist, dann wollen sie es zu hören.

Dieses, was wir eben gehört haben, ist aber mit der direkten Nutzen der Arbeitslosenunterstützung – nun haben wir hierbei aber noch einen weiteren Punkt, und dieser ist für die große Mehrheit unserer Kollegen von großem Vorteil. Zu dem vorgenommenen sollte meiste der Arbeitslose bei seinem Meister ein: „Haben Sie nicht ein bisschen Arbeit für mich?“ Nun wenn dies zweiter Meister gezeigt wäre, so hätte er es gleich erzählt und hätte womöglich den Arbeitgeber erschreckt; dann wenn die Not hart ist, so wird er schließlich nicht für jeden Lohn ausreichen, monatlich für 3,- 4 oder 5,- M., und eines von den erstaunlichen Geist ist, der Meister schreibt, sonst er möglicher 8–10 M. benötigt wird. Das wäre Verhältnisse leider sehr, sehr oft verkehrt, nicht man häufig und gerade hierher werden die Löste, und besonders in anderen Betriebe, mit sehr niedrig bezahlt, und es geht sehr schwer, sie wieder auf die alte Höhe und noch höher zu bringen! Deshalb ist es sehr klar, wenn die Organisationen ihr Interesse darin setzen möchten, damit daran die in Not geratenen einzelnen Arbeitnehmer der Löste nicht reduziert wird durch Schrecken bei unseren Arbeitgebern!

Dann kommt bei Lehrerangelegenheiten leicht die Unterstützung der Lehrerinnen eine bedeutende Rolle, wenn jetzt genugt es den Herren Meistern nicht mehr so leicht Streitbreiter auszureiben. Bei mir selber ist der Meisterkreis in Berlin bestanden. Das waren eingesetzte Lehrerbewerberverbände hat verboten, wenn Werke von ihrer Leistung zu sprechen. Solche parametrische Lehrerinnen sind alles bedeckt, so werden sie immer so hoch eingeschätzt, sonst sie die höchsten Beiträge entrichten müssen.

Das hört man aber auch oft aus den Kreisen unserer Gewerkschaften heraus, daß 40,- Broterlöse pro Tag die Verhältnisse eines Arbeitgebers zu viel sei und daß

wir womöglich schon viel mehr Mitglieder hätten, wenn der wöchentliche Beitrag wöchentlich nur 20,- bezogen würde. Wer aber die deutsche Organisationsentwicklung genau verfolgt hat und verfolgen wird, der wird sich sagen müssen, daß gerade diejenigen Gewerkschaften die meisten Mitglieder haben, welche die höchsten Beiträge haben. Ich möchte hier nur auf den Verband der Holzarbeiter aufmerksam machen; als damals die letzte Beitragszahlung stattfand, nahm die Mitgliederzahl nicht ab, sondern wuchs bedeutend an. Dies ist ja auch leicht verständlich, denn je höher die Beiträge sind, desto leistungsfähiger ist der Verband, und besonders im Unterstützungswege. Wenn nun auch unsere Beiträge auf dem nächsten Verbandsstag etwas erhöht werden, so müssen wir dann ganz vernünftig denken: „Es wird uns alles wie der Zug zu gut kommen.“ Und ferner kann die Organisation dann in der Agitation viel mehr leisten als wie jetzt!

Unser Verbandstag

wird in der nächsten Zeit das Hauptthema in den Mitgliedschaften und Verbänden bilden und das mit Recht, denn es ist die höchste Instanz unseres Verbandes und von seinen Arbeits- und Erfassungen hängt das Schicksal des ganzen Verbandes für die folgenden zwei Jahre ab. Im Vergleich zum letzten Verbandsstage in Dresden finden wir sofort, daß ein Thema wohl zu unter aller Freude nicht wiederkehrt und das sind die Streitigkeiten innerhalb unserer eigenen Reihen. Während sich schon lange vor dem letzten Verbandsstage diese wie schwule Gewitterwölfe über unserem Verband zusammenzogen und dann volle zwei Tage der kostbaren Zeit des Verbandsstages zur Ausgleichung erforderlichen, herrschte in dieser Beziehung jetzt volle Einmündigkeit in dem ganzen Verbande. Nur eines beherrschte und begeisterte alle Gewinner, das ist, den schönen Siegen des Jahres 1904 noch schöner und mehrere im Jahre 1905 und 1906 hinzuzügen. Das ist wohl in füger Zusammensetzung der Gedanke eines jeden Mitgliedes, das mit seinem Leben in unserem Idealen ausgegangen ist.

Betrachten wir die vom Vorstand festgesetzte Tagesordnung, so finden wir sofort, daß neben der Berwollständigung der in Dresden begonnenen Arbeit der tatsächlichen Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsum- und Genossenschaftsbädereien und der Festlegung eines neuen Kriegsplanes für die zukünftigen Lohnbewegungen und Streiks, wie es uns die Erfahrung gelehrt hat, zumeist organisatorische Themen die beide bilden. Die Organisationsform als Kleid des Verbandes betrachtet, paßt eben nicht mehr. Der Junge ist in den letzten zwei Jahren stark gewachsen und da muß nun der Baier Verbandsstag zeigen, daß er seiner Größe entsprechend neu eingekleidet wird. Diesem will ich vor allem nachfolgend meine Aufmerksamkeit schenken.

Zunächst finden wir da unter Punkt 6 die Unterstützungsanstaltungen im Verbande. Der „Lebensgefährliche Sprung ins Dunkle“, wie er von den inneren Vorständen in Mainz und Dresden bezeichnet wurde und der dann trotz seiner Lebensgefährlichkeit doch gewagt wurde, hat sich längst den Lichte des Tages gesetzt und zwar im Gegenteil als eine Lebensgarantie für unseren Verband. In Wirklichkeit war dieser große Sprung ja noch lange kein vollendetes Werk, wie es bei dem Jüttner, das manches Führers Glieder im Moment des Sprunges durchtrieb, ja auch gar nicht zustande kommen konnte und das umständliche, vollständig seinen baubehaftigten Zweck zu erfüllen, nämlich die völlige Versicherung der Mitglieder gegen jede durch Arbeitslosigkeit, Krankheit und sonstige Ereignisse des Menschen diejem entstehende Not und Gefahr. Es war mit ein schwacher Versuch, ein Führer, mittels deren man Erfahrung sammeln wollte darüber, wie wir mit dieser neuen Schaffung des Verbandes fertig würden. Nur haben wir mittlerweile durch zwei Jahre hindurch erfahren, daß wir gerade das richtige getroffen haben, daß der Rechenkunst, der da ausgerechnet hat, um wie viel die Beiträge erhöht werden müssen, um damit die jährliche Unterstützungssumme aufzubringen, sehr genau gerechnet hat, indem neben der Berechnung dieser Summe von den erhöhten 10 Proz. auch noch ein wenig für den unabdingt notwendigen Reiseverbrauchs übrig blieb. Wenn man nun so beim Baden einen glücklich geprungen ist und es ist einer so tödlich bekommen, so, da kriegt man Courage, dann springt man schon in eine tiefere Stelle. Aber so schlimm ist das mit unseren Unterstützungsanstaltungen ja gar nicht wie beim Baden, denn wir haben ja schon ganz genau ausgerechnet, wie viel es an der einen oder anderen Stelle ist und uns stehen ja so viele Rettungsboote zur Verfügung, daß wir noch weitere Räume noch einen Sprung auf dem nächsten Verbandsstage riskieren können.

Vorwärts! Vorwärts! hörte ich da schon wieder jemand rufen. Na, he wird zufrieden und werden auch diesmal ihre Wartungsgebühren erhöhen lassen, die wenigstens das eine gute an sich haben, daß sie eine gründliche Erörterung solcher Probleme bewirken. Nun setze die Frage, wo bauen wir unter Unterstützungsstellen ein und in welchem Maße? Selbstverständlich müßten auch in gleicher Weise die Beiträge erhöht werden. Diese müssen außer 50,- pro Woche erhöht werden und dann können wir sehen, wo wir die daraus gewonnenen Reisekosten verhindern. Zweifellos wird es auch notwendig, daß ein Teil darüber zum Kosten der Verwaltungseinrichtungen Verwendung finden wird, doch darüber später. Der größte Teil kann zum Ausbau der Unterstützungen Verwendung finden. Schön bei der Berechnung der Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung wurde von wehreren Seiten dieser gezeigt, daß von dem größtmöglichen Wert ein Teil der Mitglieder gar keine Vorteile habe, sondern nur zum Zwecken da sein sollte und das waren jene, die sich in neuen und höheren Stellungen wählen, die also nicht arbeitsfähig würden. Der schwärmende Palast der frei organisierten Arbeitnehmer, an den wir oftmals nicht wenig stolz sind, nämlich die Solidarität, geriet dabei ebenfalls in die Bauschäden. Es zeigte sich dort auch, daß Eigentanz und Schätzcht die bedeutendste Triebfeder der Trennungsschäden vieler Mitglieder sind. Ruhigen Fleins soanen sie ihre Klöppelgenossen, mit denen sie an jedem den Stand der Solidarität geschlossen haben, dem Hungerende verfallen leben. Ganz abgesehen davon, daß dieser wichtige Verbundgenosse des Unternehmens seine Laien als Wertzeug gegen ihre vermeintlich höheren Stellungen austreibt. Ruhigste steht es, als wolle man diesen Kollegen und ihren ganz unangebrachten Klöppen-Gegenzug fragen, indem das nächste Stadtwerk unteres Unterstützungsseminars der Frontenunterstützung gehören soll. Ein fürstlich von einflussreicher Stelle ausgehender Artikel berichtet die Heraushebung der Frontenzeit zur Bezugseröffnung der Frontenunterstützung. Ich bin der leiche, der eine nicht erkennt, will sie, daß dem Arbeiter im

Frontenhaus trotz der staatlichen Versicherung noch eine Hülfe nötig ist, das beweist ja auch zur Genüge, daß ein immer größerer Heer Arbeiter sich doppelt gegen die grimmen Feinde des Menschen versichert, indem sie noch freiwillig irgendwelchen Hülfsklassen beitreten und ich bin auch einverstanden damit, daß die Fronten-Unterstützung künftig unter denselben Bedingungen beobachtet der Frontenzeit sowie der Höhe der Unterstützungsfläche gewährt wird. Aber ich messe der Arbeitslosenunterstützung, besonders vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus, einen bedeutend höheren Wert bei, weil die Arbeitslosenunterstützung ein scheinbar noch viel zu wenig erkanntes Mittel ist, die Höhe der Arbeiter zu erhöhen und die durch Kampfe erzielten Errungenschaften zu garantieren, indem einerseits der Arbeiter mehr an die Organisation gebunden ist und dadurch mehr gehalten werden kann, die von dieser gezausten Anordnungen im Interesse der Gesamtheit zu befolgen und indem er ferner nicht durch die völlige Mittellosigkeit gezwungen wird, selbst mit der schlechtesten Arbeitsstelle für sie zu nehmen und dadurch dazu beitragen muß, sogar gegen seinen Willen, daß jene gewissenlosen Unternehmervorsteher immer wieder williges Werkzeug erhalten. Gerade die verbundene Not der Arbeitslosigkeit ist es, auf der jene Aspekte in Gestalt von Unternehmern ihre Existenz fristen können.

Ja, wir haben ja eine Arbeitslosenunterstützung, wird man sagen, aber was für welche? frage ich. Sie kommt mir vor, wie ein schwaches Seil, das man einem Erittenenden zwirft, der es in der größten Todesgefahr ergreift, um sich auf einige Minuten das Leben zu erhalten, während es aber doch zu schwach ist, ihn den tödbringenden Wellen zu entreißen. Wohl habe ich oft mit Freude beobachtet, wie froh manchmal Kollegen waren um das Wenige, das ihnen die Unterstützung zum Leben bietet, um nicht betteln gehen zu müssen, um wenigstens schlafen und etwas essen zu können; im Großen und Ganzen aber ist unsere Arbeitslosenunterstützung noch ein äußerst minimales Werk, vor dem die meisten Kollegen, besonders die verheirateten, fliehen, um es nicht in Anspruch nehmen zu brauchen. Lieber lassen sie sich wieder der wüstesten Ausbeutung in die Arme treiben und helfen so wieder gegen ihren Willen jenen Reichenleddern ihre Existenz fristen. Die Arbeitslosigkeit ist der grimmigste Feind der Menschheit und sie ist die Fessel, mittels deren das kleine Häuflein der höheren Rebutaufend sich die große Menschenmasse willig und gefügig machen kann. Sie ist es, auf der sich heute das moderne Sklavenum aufzubauen und erhalten könnte. Ihr zu steuern und sie abzudämmen, ist die edelste und höchste Aufgabe der auf dem Ideal der Menschenfreundlichkeit aufgebauten Gewerkschaftsbewegung, sie ist der direkteste Weg zur Befreiung des Menschen von allen ihm umstürzenden Fesseln.

Die Möglichkeit, dies zu erreichen, ist die Verkürzung der Arbeitszeit und, wo dies mangels der hierzu nötigen Macht noch nicht erreicht werden konnte, die Unterstützung der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen, wodurch wir wiederum schneller zu der Macht gelangen, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen.

Nun will ich hier auch ein Projekt entwerfen, wie ich mir eine den heutigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen unserer Berufe angemessene Arbeitslosenunterstützung denke und zwar erstmals, wie hoch die Unterstützungen zu bemessen seien und zweitens, welche Beiträge zur Aufbringung der dazu erforderlichen Kapitalien notwendig sind. Die Höhe und Dauer der Unterstützungen denke ich mir wie folgt: Ein Mitglied erhält nach 13monatlicher Mitgliedschaft im Arbeitslosenunterstützung pro Tag 1,- auf die Dauer von 30 Tagen, in Summa 30,-. Nach einer Mitgliedschaft von

52 Wochen pro Tag 2,- auf 60 Tage = 120,-
156 " " 2.50 " 90 " = 225,-
260 " " 3. " 120 " = 360,-

Außerdem wäre daneben eine Krankenunterstützung zu schaffen von 1.50,- pro Tag von der 13. Mitgliedschaftswoche an ohne Steigerung zu gewähren. Ich habe mir nach verschiedensten Rechenmethoden unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände den Beitragssatz von 1,- pro Woche herausgerechnet. Das ist nämlich das lebstäische dessen, was wir bisher für Unterstützungszecke erheben und verausgabt haben. Ich habe ja keine Hoffnung, daß unter nächster Verbandsstag die Courage besitzen würde, einem solchen Antrage zur obligatorischen Einführung die Zustimmung zu erteilen. Vielleicht glaube ich in frischer Erinnerung aller früher gegen die Arbeitslosenunterstützung überhaupt vorgebrachten Argumente, daß mich einige nach Lesen dieses Projekts für verrückt erklären werden, ohne daß ich es ihnen übernehme. Trotzdem bin ich aber überzeugt, daß sehr viele Mitglieder sich für ein solches Unterstützungsprojekt beeinflussen würden und daß sie mit mir die Überzeugung sind, daß sie dadurch ungeheure Vorteile haben würden. Benötigt durch die Unterstützung selbst, als dadurch, daß sie durch die in die Lage versetzt würden, eine einigermaßen gute Stelle zu erlangen und nicht jede Bruchbude, die wir in unserem Berufe ja besonders viel haben, annehmen zu müssen. Dadurch würden sie in die Lage kommen, Stellen von mindestens 1,- M. mehr Lohn zu erhalten; sehr oft würde dies aber mehr als eine Mark wöchentlich ausmachen. Sie hätten also, bei nur einer Mark Lohnverbesserung gerechnet, den Beitrag dadurch schon wieder herausgeholt und die Unterstützungsprojekte umsonst. Im allgemeinen würde die Wirkung auf die Lohnverbesserungen aber bedeutend größer sein, und je mehr Kollegen sich in solcher Weise gegen Arbeitslosigkeit versichern würden, desto mehr würde sich die günstige Wirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verallgemeinern und selbst den Unorganisierten zugute kommen. Allerdings, ohne daß ich sielich die Kollegen noch wissen würden, daß sie den Stand der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Gewerkschaft und deren Unterstützungsanstaltungen zu verdanken hätten, genau so, wie es ja heute auch nur die wenigsten selbst unter den Mitgliedern wissen, daß sie es der jahrsgebrülligen Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu verdanken haben, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nach viel schlechter sind, als wie sie sind, daß sie zu einem geist- und willenslosen Arbeitstier erniedrigt worden waren, wenn nicht die gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiter reformiert wäre und hätte halt geboten. Doch dafür hat sicherlich die Aufklärung zu sorgen und sie wird auch dafür sorgen. Das verbürgt uns ihre bisherige rasslose Tätigkeit!

Der immer weitere Ausbau der Unterstützungsanstaltungen heißt nichts anderes, als alle Kosten und Gefahren des einzelnen, gegen die er im heutigen Wirtschaftsleben machtlos ist und die der Gesamtheit immer wieder zum neuen Schaden gereichen, auf die Gesamtheit zu übertragen. Genau so wie die Arbeiter ihren wirtschaftlichen Gegner gegenüber einzeln machtlos, geschlossen aber sehr mächtig

sind, ist es auch mit der Abwendung der Not und Gefahren, die den Arbeiter täglich bedrohen, nur mit dem Unterschiede, daß in diesem Falle das Prosentverhältnis der zusammenhantenden Zahl der Arbeiter zu den im Berufe beschäftigten keinen so großen Einfluß ausübt. Deshalb ist bei Einführung des obigen Projektes auch nicht die Frage entscheidend, wenn auch in geringem Maße maßbestimmend, wie viel sich an den höheren Unterstützungsstufen beteiligen werden. Unsere österreichischen Kollegen haben uns da einen sehr gut gangbaren Weg gezeigt, den ich nunmehr auch zur Einführung in unserem Verbande empfehlen möchte und zwar so, daß eine 1. Klasse mit den oben vorgeschlagenen Beitrags- und Unterstützungsstufen und eine 2. Klasse mit 50 % Beitrag und den bisherigen Unterstützungen unter Einbeziehung der verbesserten Krankenunterstützung gebildet wird. Es bliebe da also jedem Kollegen freigestellt, welcher Klasse er angehört will und ich glaube bestimmt, wir machen dieselben Erfahrungen, wie unsere österreichischen Kollegen, nämlich, daß sich die meisten Kollegen für die erste Klasse erklären würden. Ich empfehle den Mitgliedschaften eine Erörterung dieses Vorschlags in ihren Versammlungen. Eines sei dem aber hinzugefügt, daß ist, daß unsere Sitzungen, die den Missbrauch der Unterstützungen verhindern sollen, noch mehr verschärft werden müssen und auch strenger zur Durchführung kommen müssen. Denn es kann nicht geleugnet werden, daß auch bisher nicht ganz verhüllt werden konnte, daß etwas Missbrauch damit getrieben worden ist, indem es Kollegen giebt, die eine große Ehre darin finden, ihre vollen Ansprüche auszuüben. Hörte ich doch vor mal einen Kollegen sprechen: „So lange ich noch Unterstützung habe, nehme ich überhaupt keine Arbeit an.“ Mit solchen Leuten haben wir allerdings auch in Zukunft zu rechnen und müssen wir trachten, solchem Unzug einen Diegel vorzuschieben. Auch Kollegen, wie sie mal aus Saarbrücken kamen über allzu bureaukratische Handhabung der Sitzungen, können dann noch viel weniger berücksichtigt werden. Denn unsere Gesetze, die wir uns selbst gegeben haben, die müssen uns heilig sein. Wollten wir sie nicht hochhalten, dann sämen wir in einen allgemeinen Wirrwarr hinein, der der Organisation großen Schaden zufügen könnte. Ich stehe einmitteilen von einer diesbezüglichen Antragstellung ab, um abzuwarten, wie die Kollegen über diesen Unterstützungsprojekt urteilen werden.

Dann hat uns die bisherige Handhabung der jetzigen Bestimmungen bezüglich der Unterstützungen einige zu verbessernde Stellen gezeigt. So heißt es, daß ein Mitglied erst dann von neuem wieder Unterstützungen erhalten kann, wenn es, vom letzten Unterstützungsstage an gerechnet, wieder 52 Wochenbeiträge gezahlt hat. Die Folge dieser Bestimmung war, daß Mitglieder, die ihren Anspruch auf 42 Tage hintereinander ausnützten, hierfür dadurch prämiert wurden, daß sie um so schneller von neuem wieder Unterstützung beziehen konnten. Umgekehrt solche Mitglieder aber, die in möglichster Verübersichtung der Verbandsklasse ihre 42 Tage nicht voll in Anspruch nahmen, dafür bestraft wurden, wie folgendes Beispiel zeigt: Ein Mitglied S. bezog im Januar und Februar 1904 Unterstützungen und zwar 40 % für 40 Tage, dann erhielt es Arbeit. Im November desselben Jahres wird es wieder arbeitslos und erhält die Legitimation mit dem Vermißt, daß es noch 2 Tage — 2 % — zu kriegen hat. Hätte es damals die 42 % voll bezogen, hätte es allerdings jetzt nichts erhalten können. Der Schaden liegt aber darin, daß es nun nach den Sitzungen des Statuts erst im November 1905 von neuem Unterstützung kriegen kann, während dies schon im Februar 1905 der Fall gewesen wäre, wenn es auch die letzten 2 Tage gleich bei der ersten Unterstützung mitbezogen hätte. Diese und ähnliche Fälle zeigen, daß unser Statut hierin verbesserungsbedürftig ist.

In Dresden legen eine Unmenge Anträge auf Unterstützungen bei Umzügen usw. vor. Da diese vermutlich auch dieses Jahr wiederkehren werden, halte ich es für angebracht, die Mitglieder resp. Mitgliedschaften von derartigen Anträgen abzuraten. Denn sie haben doch keine Aussicht auf Erfüllung. Erst wollen wir mal das begonnene Werk der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung vervollständigen, dann können wir auch an solche Unterstützungen denken. Ein Freund von Ihnen bin ich aber nicht, weil sie im Verhältnis zu ihrer Bedeutung viel Arbeit und Umstände verursachen.

Punkt 7 werde ich noch an anderer Stelle berücksichtigen und geben somit zu Punkt 9 über. Diesen in Verbindung mit Punkt 14 finden wir, daß in Punkt „Presse“ eine durchgreifende Aenderung geschaffen werden soll und das halte ich für dringend notwendig. Denn offen gesagt, unsere Zeitung stellt in der Agitation nicht ihren Platz und sie spielt nicht die Rolle, die sie als Fachorgan im Verbande spielen soll. Sie ist ein Stiefkind unseres Zentral-Verbandes seit je her. Schon in Mainz begeisterte ich mich für die Umstellung eines zweiten Zentralbeamten, in der Hoffnung, daß dann der Inhalt der Zeitung mehr gepflegt werden würde. Ich habe mich aber getäuscht, denn kaum war der zweite Beamte angestellt, da wurde die Arbeit für den Zentral-Vorstand nur mehr als das Doppelte durch die neu geschaffenen Unterstützungsanstaltungen und unsere „Vaterzeitung“ blieb wieder ein Stiefkind. Nun schaffen wir ja eigentlich nichts neues, bedeutende Kosten verursachendes, denn so viel ich weiß, ist in letzter Zeit schon ein Hülfbeamter mit tätig. Der Verbandsstag braucht dies also nur noch zu regulieren und zwar in anderer Form, als wie dies jetzt in der Zentrale besteht. Es muß ein Redakteur ausschließlich für die Redigierung der Zeitung angestellt werden, der dann wohl im Nebenamt etwas anderes mitarbeiten kann, hauptsächlich aber für die Zeitung seine volle Geistesfrische verwenden muß. Dann hat sich unsere Zeitung besonders mit ihren Leitartikeln mehr an das Berufliche zu halten und zwar mehr im agitatorischen Sinne. Sie muß immer von neuem mit keiner Kritik das behandeln, was unsere Kollegen in ihrer täglichen Arbeit und in ihren sie umgebenden Verhältnissen betrübt, dann wird sie auch mehr von den indifferenteren Kollegen mit Begeisterung gelesen werden als das heute der Fall ist. Dann kann sie eine viel größere agitatorische Wirkung ausüben, als Gauleiter und sonstigen Agitatoren zusammen. Denn ihr Wort geht zu dem Wissen gehöriger Kollegen. Selbst in den verdecktesten Backstabenhöhlen, wo ein Mensch sich gar nicht hineinwagen darf, wird sie durch ihre Verbreitung Eingang finden. Agitatorischen Wert hat sie in ihrer lebhaften Form fast garnicht, denn ihre Leitartikel sind zu meist der allgemeinen Arbeiterbewegung angepaßt und werden von unseren indifferenteren Massen nicht verstanden und infolgedessen auch nicht mit Interesse gelesen. Unsere Zeitung schreibe ich es auch in nicht geringem Maße zu, daß wir auch in diesem Jahre wieder mit so ungeheuerer Fluktuation zu rechnen hatten. Selbst die jüngsten und

überzeugendsten Worte eines Fleischs in einer Verhandlung genügen eben nicht, um das neu gewonnene Mitgliedswert zu begeistern, daß es aus eigenem Interesse auch seinen Beitragsschulden genügt. Den Inhalt der Zeitung versteht es nicht, liest sie deshalb auch nicht. Die vielfach schlecht funktionierenden Verwaltungen tun ihr übrigens an Nachlässigkeit bzw. und das Mitglied ist wieder verloren. Sobald ein Mitglied geworden ist, hat die Zeitung für weitere Fortbildung zu sorgen. Sie muß ihren Inhalt aber der Höhe des geistigen Niveaus anpassen, auf der sich ein solches neu gewonnenes Mitglied befindet. Auch im übrigen scheint es mir, als ob unsere Zeitung ihren Inhalt zu wenig dem Niveau des Verbandes anpasse. Taktische Gründe verbieten mir aber, mich an dieser Stelle frei darüber auszusprechen. Alles in allem habe ich, und ich glaube wohl mit mir sämtliche Gauleiter, die dringende Notwendigkeit empfunden, unserer Zeitung einen mit frischem Geist erfüllten Mann zur Verfügung zu stellen. Einerlei, ob sie dem jetzigen Zentral-Vorstand übertragen wird, der dann aber von diesem Posten entlastet werden muß, oder ob sie sonst einem der gewandtesten, schriftstellerischen Kollegen aus den Reihen des Verbandes anvertraut wird. Dann werden auch die übrigen Arbeiten des Vorstandes nicht mit solcher Hast erledigt werden brauchen, als wie das jetzt der Fall ist. Denn tatsächlich liegt, besonders in letzter Zeit aus jeder Siede, die vom Vorstand kommt, die ungeheure Hast heraus, mit der sie geschrieben ist. Ich erblide in einer dem obigen Sinne entsprechenden Aenderung unserer Presse die bedeutendste Aufgabe unseres nächsten Verbandsstages, weil sie den weittragendsten Einfluß auf die weitere Entwicklung des Verbandes ausüben wird.

Dann finden wir unter Punkt 10: „Die Agitation, Gaueinteilung und die Geschäftsführung in den Mitgliedschaften.“ Ich finde, an Agitation ist in diesem Jahre geradezu enormes geleistet worden, den dies beweist doch wahrscheinlich zur Genüge die große Zahl der Neuaufnahmen. Etwas anderes ist es mit der Verwaltung und Geschäftsführung in den Mitgliedschaften. Sie muß ausgebaut werden und zwar so, daß sie eine höhere Stabilität der Mitgliedschaften erzielt. Bisher hatten aber auch besonders die kleinen Mitgliedschaften zu wenig Bewegungsfreiheit in finanzieller Beziehung. 5 % der Wochenbeiträge ist doch für diese etwas zu wenig, während die größeren reichlich damit auskommen. Auch solche kleine Mitgliedschaften, die sich in kleinen Städten befinden, kommen damit aus aber jene in großen, weit auseinanderliegenden Industriebezirken, wie z. B. Essen, Dortmund, Saarbrücken, Königsberg usw., können mit diesem Gelde unmöglich ihre Unkosten bestreiten.

Im allgemeinen wird aber bei uns, wie in der ganzen Gewerkschaftsbewegung in einem noch immer viel gefündigt und zwar darin, daß man den leitenden Personen zumutet, so ungeheuer viel Arbeit und Mühe im Interesse der Organisation umsonst zu verrichten. Die kommt mir vor, wie Missbrauch treiben mit dem Idealismus einzelner Kollegen, die dann leider so oft zur Folge hat, daß die besten Kräfte dies überdrüssig werden und die Miete ins Lorn werten. Ganz abgesehen davon, daß sich die leitenden Personen des Verbandes leicht den Haß der Unternehmer ausziehen und bei der erschwerten Gelegenheit ihren Opportunität für den Verband mit der Arbeitslosigkeit bezahlen müssen, haben diese neben ihren Beitragsschulden durch ihre Lauterei für den Verband viel mehr geleistet als die Beiträge ausmachen und das alles umsonst. Sehen wir uns andere Institutionen an, wie Krankenkassen und sonstige Versicherungsanstalten, dort wird jeder Federstrich und jeder Gang bezahlt. Hierzu müssen auch die Gewerkschaften immermehr übergehen. Auch bei uns müssen wir uns dies nach Möglichkeit zur selbstverständlichen Pflicht machen, indem in den kleineren Mitgliedschaften die Funktionäre mit einem gewissen Prozentzahler entschädigt werden, in den großen Mitgliedschaften aber überall da, wo die Mitgliederzahl eine entsprechend große ist oder die Ansicht auf eine baldige Erlangung einer solchen Zahl vorhanden ist, Lohnbeamte angestellt werden. Das, wir damit einer guten Erfolg erzielen können, das beweisen uns so recht deutlich die Mitgliedschaften Berlin und München. Gerade letztere ist wohl die einzige, die es bisher möglich machen konnte, nach einer Lohnbewegung einen Rückgang zu vermeiden. Das letzte Jahr kann uns da wieder ein Lehrmeister sein. Gewiß haben wir Fortschritte zu verzeichnen, die vorsätzlich wie absichtlich alle früheren Jahre übertreffen. Vergleichen wir aber die Mitgliederzahl mit denen der Neuaufnahmen, dann müssen wir wieder, wie auch in früheren Jahren, eine erfreuliche Fluktuation konstatieren. Wie kommt dieses? Das ist die wichtigste Frage für die Behandlung dieses Themas. Sind es alles Neuaufnahmen, deren Personen irgend welche prinzipielle Gegner unserer Bestrebungen sind und die sich durch krammende Reden in einer Versammlung von der Begeisterung mit fortreissen lassen? Nein, wohl nur in ganz geringem Maße. Allerdings sind es auch keine überzeugte Mitglieder, denn dann würden sie Selbstkritik genug besitzen, um auch ohne eine bis ins kleinste Detail ausgebildete Organisation ihren Beitragsschulden zu genügen. Es sind zum übergrößen Teil Kollegen, die den Keim des Organisationsideals in sich tragen, die unsere Bestrebungen als die ihrigen betrachten, die aber nicht willensstark genug sind, ihren Wünschen im Beitragsschulden zu genügen. Ein Beweis dieser Tatsache ist mir die oft beobachtete Erscheinung, daß Mitglieder, statt ihre Beitragsschulden zu bezahlen, sich wieder neu aufnehmen lassen, was allerdings der kolossal Fluktuation einen milderen Schein gibt.

Dann haben wir auch mit bedeutend anderen Verhältnissen zu rechnen wie andere Gewerkschaften, deren Mitglieder zum viel größeren Teile als bei uns ältere und verheiratete Leute sind. Diese sind allerdings nicht so leicht zu gewinnen, denn sie hat der Ernst des Lebens schon viel härter gedrückt und sie überlegen erst mehr und länger, als der jüngere, bei uns mehr in Betracht kommende Arbeiter. Wenn aber diese älteren Arbeiter erst etwas begriffen und als für sie notwendig und vorteilhaft erkannt haben, dann halten sie auch viel fester als der jüngere Arbeiter. Dazu kommt, daß andere Gewerkschaften ihre Mitglieder mehr in größeren Werkstätten zusammen arbeiten haben und dadurch gleichgültige schon eher von ihnen eifrigeren Kollegen mit fortgerissen werden, während unsere Kollegen zum großen Teil allein oder zu zweit arbeiten, höchstens noch mit dem Meister zusammen, der sie selbstverständlich noch in ihrem klaren Nachdenken über unsere Lehre zu beirten und ihnen keine rückständigen Anschauungen aufzubringen versucht. Dies sind die Hauptursachen, die uns eine so große Fluktuation ermöglichen und die uns zwingen, Errichtungen zu schaffen, durch die wir diese schwierigen Verhältnisse überwinden können.

Dann haben wohl alle Gauleiter die Erfahrung gemacht, daß die Entwicklung von der Leitung und Geschäftsführung fähigen Kollegen nicht gleichen Schritt mit dem Wachstum der Mitgliederzahl. Dies hat uns im Saar-Düsseldorf um weitaus in der Entwicklung gehindert, und dies allein ist es auch, was die Fluktuation in diesem Gau noch größer als irgendwo anders macht, denn wenn wir uns auch eines schönen Fortschrittes ersehen, so steht doch dieser in keinem Verhältnis zu den beträchtlichen 1200 Erneuerungen, die hier in den letzten acht Jahren gemacht wurden, was nebenbei bemerkt von einer außerordentlichen Fruchtbarkeit dieses Gaus für unseren Verband Zeugnis gibt. Raum hatte die Agitation einige gute Erfolge gezeigt, so hatte man Mühe, in die Verwaltungen der einzelnen Städte entsprechende Ordnung zu bringen. Diese Arbeit rief mich von einer Stadt zur andern, was mir unter den Gauleitern der anderen Gewerkschaften den Titel „Schlagender Gauleiter“ einbrachte. Doch diese Mühe hätte mich wenig geärgert, selbst bei dem Gedanken, daß ich dadurch viel der Agitation entzogen würde, wenn sie sich nicht fast allemal noch höher als erfolglos gezeigt hätte. Denn kaum ging ich von einer Stadt zur andern, um dort der Verwaltung auf die Beine zu helfen, so ging es in der ersten wieder aus dem Leine, und schließlich kam ich mir vor wie ein Baumeister, der einen Stein auf den andern baut, während sie ihm unten wieder in dem fundamen-losen Boden verschwinden.

Die Ursachen liegen darin, daß in den einzelnen Orten zu schwache und zu wenig Kräfte sind, die sich dann vollständig aufopfern und dafür mangels der genügenden Geldmittel nicht im geringsten entschädigt werden können. In diesem Gau fällt dabei noch besonders erstaunend ins Gewicht, daß der kollegiale Verlehr hier so wenig ausgebaut ist und dadurch alle Kollegen sich untereinander fremd sind. Hier muß Aenderung geschaffen werden und zwar, wie oben erwähnt, dadurch, daß in den größeren Orten und Industriebezirken mit mehr als 1000 Gehältern (und deren kommen hier mehrere tausend in Betracht) tüchtige und organisatorisch besonders fähige Kollegen als Lokalbeamte angestellt werden. Wir werden damit dieselben Erfahrungen wie mit dem Gau selber machen, nämlich daß sich solche Unternehmungen in wenigen Monaten rentieren würden.

Die obigen Wagen haben nun wohl alle Gauleiter, wenn auch nicht in dem Maße wie ich, vorzubringen, und deshalb werden wir vor die Notwendigkeit gestellt werden, auch in den kleineren Zählstellen die Kassierer und Hüllsässer etwas zu entschädigen. Dies stellt uns wiederum vor die Frage, ob die einzelnen Mitgliedschaften dies mit den am Ende verbleibenden 12½ Prozent der Beiträge werden bestreiten können, und das ist nur in den wenigsten Fällen möglich. Nach allen diesen zu berücksichtigenden Verhältnissen stehen dem nächsten Verbandsstage zwei Wege offen, und das sind, daß entweder auf vollständige Rechnung der Zentralfalle in den arabischen Städten Lokalbeamte angestellt werden und diese außerdem noch an hülfbedürftige Mitgliedschaften Zulauf zu gewähren hat, oder das von den Beiträgen künftig 20 Prozent am Ende verbleiben und dann größere Mitgliedschaften die Hälfte zum Gehalt ihrer Angestellten selber tragen müssen, wovon vielleicht nur die ersten drei oder fünf Monate eine Ausnahme gemacht werden darf. Da letzteres der Zentralfalle aber innerhin dennoch einen empfindlichen Schaden zufügen würde, wird der Verbandsstag sich wohl für das erste entscheiden.

Bedingen schon die Verwaltungsänderungen und Unterstützungsveränderungen eine Beitrags erhöhung von mindestens 10 %, so dies noch mehr die in Aussicht stehenden großen Kämpfe der nächsten Jahre. Auch in diesem Jahre läßt sich der Handvorstand veranlassen, eine einmalige Extrabesteck auszuschreiben, nicht weil etwa kein Geld mehr da war, sondern weil die Kräfte nicht zu sehr geschwächt, sondern entsprechend der gekürzten Mitgliederzahl möglichst gestärkt werden sollte. Was haben wir aber trotz der Ausbildungshandhabung wieder gegeben? Das alte Urteil, nämlich daß jene stets opferbereiten Kollegen ihren Extrabeitrags entrichteten und andere den Druckberger machten, und hierunter sollen die Mitglieder einiger Großstädte, wo sie durch den Verband schon bedeutende Vorteile erkämpft haben, ein großes Kontingent gesetzt haben. Diese traurige Tatsache hat meine Feindschaft gegen alle derartigen Extrabeiträge und Sammlungen noch bedeutsam verschärft. Sie sind zu vermeiden, weil sie ein großes Unrecht enthalten und auch viel schmerzhaft einzutreiben sind, als ein dementsprechend erhöhter Mittelbeitrag. Da erhöhen wir also lieber den Beitrag auf 50 %, und wenn uns solche Kämpfe in Aussicht stehen, daß auch diese nicht genügen, nun, dann erhöhen wir ihn auf 60 %. Ich empfehle aber das erstere und die Bildung einer höheren Klasse, wie zu Anfang geschildert. Diese Beiträge sind doch ganz unbedeutend im Verhältnis zu den Forderungen, die wir stellen. Da kämpfen wir doch nicht um 10, 20 oder 50 % Lohnabnahme, sondern um 3 und mehr Mark die Woche, und je schneller wir unsere Organisation durch höhere Beiträge in ihrer Kompetenz stärken, desto schneller und desto mehr werden wir uns durch sie unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse um das Zehn- und Mehrfache verbessern können. Das muß unseren Kollegen klar gemacht werden und das ist ihnen auch klar zu machen.

Das sind Tatsachen, die noch durch jede bisher gemachte Erfahrung bestätigt wurden, und diese breiten sich auch bald in den Köpfen der Kollegen. Wo nur etwas Kourage und weithorrende Unternehmungsfähigkeit, dann wird der nächste Verbandsstag auch sicher sein, alle uns jetzt noch im Wege stehenden Hindernisse in der Agitation fortzutun, gesunde und festfundene Verhandlungen in den einzelnen Mitgliedschaften zu schaffen, einen breiten Kriegsfonds für unsere bevorstehenden Kämpfe zu sammeln, und alles dieses wird einen mächtigen Fortschritt des Verbandes und glorreiche Siege für denselben zur Folge haben. Daraus besteht die größte Aufgabe des nächsten Verbandsstages.

Carl F. Kastig.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

In Giengen a. Rh. fand am 15. Februar eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Leidig-Krahnau sprach über die bekannte Petition an den hohen Bundesrat. Dieselbe wurde angenommen und trat 3 Kollegen dem Verbande bei.

Breslau. Die am 14. Februar tagende öffentliche Versammlung war, wie alle in der letzten Zeit abgehaltenen, schwach besucht. Kollege Siegon referierte über: „die Ohnmacht der deutschen Bodenbesitzer!“ In jenen Versammlungen legte er den Anwesenden vor, daß der hante von den Finanzführern betriebene Finanztransaktions auch nicht im geringsten stande sei, an der Lage des Verfass-

